

# Freiwilligkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag — Redaktionsschluss Sonnabend.  
 Verantwortlich für die Redaktion: A. Sanles, Berlin NW 40,  
 Reichstagsufer 8. — Fernsprecher: A 8 Flora 4933.

Verlag: A. Sanles, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.  
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
 Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Bezugspreis: 1,50 Mk. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
 Inserate: Die sechsgelbte Nonpareille bei Arbeitsmarkt.  
 Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Schlußbemerkungen

Die jüngst erlassene Notverordnung zettigte furchtbare Auswirkungen auf die allgemeine Geschäftslage. Die Weihnachtsaison wurde mit einem Schlage zerrümmert. Jedermann wartet mit Sehnsucht auf die Auswirkungen des angekündigten Preisabbaues. Nach den Feiertagen wird bestimmt keine Besserung eintreten, denn bei einer allgemein durchgeführten Lohnsenkung um 10 Proz. wird eine bedeutende Eink Schrumpfung der Kaufkraft erfolgen. Das zur Zeit rund 30 Milliarden Mark betragende Arbeitseinkommen wird mit einem Schlage um mindestens 3 Milliarden Mark vermindert werden. Ob die Wirtschaft diese enorme Senkung der Kaufkraft weiter ertragen kann, darüber kann erst in späterer Zeit abschließend berichtet werden.

Bis jetzt kann festgestellt werden, daß bereits im ersten Vierteljahr 1931 das Arbeitseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltsabbau um 1,25 Milliarden Mark oder 12 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres niedriger gewesen ist. Wir konnten auch darüber berichten, daß im ersten Halbjahr 1931 ein Ausfall von etwa 3 Milliarden Mark eintreten wird. Das ist nicht nur eingetroffen, sondern durch die Vorgänge im zweiten Halbjahr wurde diese Voraussage überholt. Sehen wir uns weiter den Beschäftigungsgrad der Industrie an, so kann festgestellt werden, daß sich die Zahl der besetzten Arbeitsplätze allein vom August zum September von 51,4 auf 50,1 Proz. verminderte und die Arbeitsplatzkapazität, gemessen an der Zahl der geleisteten Ueberstunden, von 44 auf 43 Proz. gesunken ist. Der Rückgang der Produktion wird nach einer Feststellung des Konjunkturforschungsinstituts gegenüber dem Produktionsstand 1928 auf 32 Proz. geschätzt. Davon ist die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie gegenüber dem Stand von 1928 auf 96,3 Proz. gesunken, und diese Industrie steht gegenüber anderen noch bedeutend im Vorteil. Längst ist der Zeitpunkt eingetreten, wo sich die Löhne bereits dem Stande der Vorkriegszeit stark genähert haben. Bei der Preisgestaltung kann jedoch diese Tatsache nicht festgestellt werden. Die neuesten Berichte über den Großhandelsindex zeigen immer noch eine starke Preisüberlagerung gegenüber dem Stand der Vorkriegsjahre. Bei sehr vielen lebenswichtigen Artikeln ragt der Preis sogar um Bedeutendes darüber hinaus. Der Abstand zwischen Kaufkraft und Warenpreis hat sich in den letzten Monaten nicht verringert, er wurde sogar durch den im zweiten Halbjahr erfolgten Lohnabbau stark erweitert.

Das in der Notverordnung vorgesehene Lohndiktat wird die Kluft zwischen Preis und Kaufkraft noch mehr auseinanderreißen. Es kommen noch andere Erscheinungen hinzu, die ebenfalls gewürdigt werden müssen. Die Erhöhung der Bürgersteuer, die meist mit einem Zuschlag von 300 Proz. erhoben wird, bedeutet ohne weiteres eine Senkung der Kaufkraft. Der Arbeiter hat daher nicht nur allein mit dem Lohnabbaudiktat zu rechnen, er wird nach Abschluß dieser Aktion mit seinem verbleibenden Verdienst sich weniger kaufen können als vor Inkrafttreten dieser willkürlichen Bestimmungen. Es wird sich bald zeigen,

daß der von der Reichsregierung beschrittene Weg nicht aus der Wirtschaftsmisere herausführen kann.

Der Zweck der Notverordnungen muß doch letzten Endes der sein, um dadurch auch eine Sicherung der Wirtschaft zu erreichen. Bis jetzt wurde das Gegenteil erzielt. Jede Notverordnung brachte die werktätige Bevölkerung tiefer in das wirtschaftliche Elend. Nichts hat sich gebessert, aber viele Verschlechterungen sind, seitdem mit dem Diktat der Notverordnungen regiert wird, eingetreten. Diese Regierungspolitik kann sich unmöglich länger halten. Sie muß eines Tages brechen, weil dadurch der Zweck und das gesteckte Ziel nicht erreicht werden.

Mit einem schrillen Ausklang schließt das Jahr 1931 ab, viel schlimmer als sich alle die Auswirkung

|  |  |
|--|--|
| <b>1 9 3 2</b>                                   |  |
| Allen Mitgliedern, Funktionären und Mitarbeitern | <b>Nur vereint mit allen können wir den Kampf gegen die feindlichen Gewalten siegreich bestehen!</b> |
| die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel  |  |
| Die Redaktion<br>Der Vorstand                    |  |

der Wirtschaftskrise vorstellten. Not und Verelendung sind himmelschreiend in weiten Kreisen des Volkes. Wenn die Katastrophen- und Verelendungstheorie recht behalten würde, dann müßte jetzt die Stärkung der Arbeiterorganisationen mit größter Wucht um sich greifen. Wir sehen aber im Gegensatz, hervorgerufen durch die verzweifelte Stimmung in weiten Volks-

kreisen, eine geradezu feindliche Einstellung gegen die Interessenvertretungen der Arbeiterschaft. Es darf niemand glauben, daß dadurch eine Besserung eintreten kann, wenn die Gleichgültigkeit und Feindseligkeit gegen die Gewerkschaften insbesondere starke Antriebskräfte erhält. Diesen Zustand müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften bekämpfen. Wir dürfen nicht gleichgültig und in verärgertem Zustand zusehen, wie uns von den Feinden die Schlinge um den Hals gemorfen wird. Wir müssen uns geschlossen in die Abwehrfront gruppieren und mit größter Aktivität den Kampf gegen unsere Widersacher aufnehmen.

Das vergangene Jahr zeigte uns mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der Solidarität des arbeitenden Volkes. Unsere Gegner würden nicht die Erfolge gegen die Arbeiterschaft verzeichnen können, wenn wir ebenso geschlossen in den Organisationen vereint sein würden wie die Kapitalistenklasse mit ihren Soldatenechten.

Das kommende Jahr wird die Entscheidung bringen. Die deutsche Arbeiterklasse wird dabei nicht ruhig zusehen können, wenn versucht werden soll, sie in Sklavenketten zu legen. Mit der uns zur Verfügung stehenden Macht muß wieder der Glaube an unsere Ideale in weiten Volksschichten geweckt werden. Nicht apathisch und zürend wollen wir die Schicksalsschläge über uns ergehen lassen, sondern in kraftvoller Abwehr müssen wir gegen die kapitalistische Klasse in den Abwehrkampf treten. Sie wird uns nicht in die Knechtschaft treiben können, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen davon überzeugt werden, daß das Gebot der Stunde heißt:

**Vereint sind wir nichts, vereint eine unüberwindliche Macht!**

## Freiwilliger Arbeitsdienst

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ist gescheitert. Sie mußte scheitern, weil weder Arbeit noch Geld für ihre Durchführung vorhanden war. An die Stelle der Arbeitsdienstpflicht ist der freiwillige Arbeitsdienst getreten, der seine Grundlagen hat in der „Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes“ vom 23. Juli 1931. Ueber die Erfahrungen, die bisher damit gemacht wurden, berichtet der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge Dr. Syrup in der „Sozialen Praxis“ Nr. 94/31.

Dr. Syrup nennt das bisher vorliegende Gesamtergebnis erfreulich. Bis zum 15. November sind bei den Landesarbeitsämtern, denen die Anerkennung der Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes obliegt, 197 derartige Maßnahmen gemeldet und zugleich berichtet worden, daß eine große Zahl weiterer Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Die auszuführenden Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zusätzlich sein, das heißt, es kommen nur Arbeiten in Frage, die der Allgemeinheit zugute kommen und die in absehbarer Zeit ohne den freiwilligen Arbeitsdienst nicht ausgeführt würden. So sind bisher in 46 Fällen Bodenverbesserungsarbeiten, in 15 Fällen Wasserwirtschafts-

arbeiten und in 27 Fällen Wegebauarbeiten durchgeführt worden. Weiter wurden Arbeiten im Forst, auf Friedhöfen und in 22 Fällen vorbereitende Arbeiten für ländliche Siedlungen und Schaffung von Kleingartenland geleistet.

Neben diesen Arbeiten, die unmittelbaren volkswirtschaftlichen Wert haben, wurden in 45 Fällen solche, die der Volksgesundheit dienen, durchgeführt. Es wurden Spiel- und Sportplätze, Bade- und Schwimmgelegenheiten, Jugendherbergen usw. gebaut.

Als Träger dieser Arbeiten fungierten neben Staat und Gemeinden vorwiegend Kirchengemeinden und ihnen nahestehende karitative Organisationen sowie gemeinnützige Verbände und Genossenschaften. Vereinzelt sind auch die freien Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen sowie die verschiedenen Wehrverbände Träger der Arbeit. Die Arbeitsfreiwilligen arbeiten in Gruppen, deren Größe verschieden ist. Bei den bisher durchgeführten Arbeiten wurden in der Mehrzahl der Fälle Gruppen von 50 bis 100 Personen beschäftigt. Die größte Gruppe umfaßte 600 Arbeitsfreiwillige.

Die Arbeitsfreiwilligen erhalten für ihre Arbeit, im Höchstfalle jedoch, für 20 Wochen, ihre Unterstützung weiter. Fast in allen Fällen wurde ein Pauschal-

für eine bestimmte Zeit festgesetzt, der dem Träger der Arbeit zur Verfügung gestellt wurde. Wichtig ist, daß die Weiterzahlung der Unterstützung auch bei den Arbeitslosen erfolgt, deren Unterstützungsanspruch während des Arbeitsdienstes erlischt. Auch die Jugendlichen, die keinen Unterstützungsanspruch haben, können auf dem Wege über den Arbeitsdienst unterstützt werden. Hinzu kommt noch, daß bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten für Arbeiter, die 12 Wochen beschäftigt worden sind, pro Tag 1,50 Mk. gewährt wird, die jedoch nicht ausgezahlt, sondern zur Erleichterung des Erwerbes einer Siedlung gutgeschrieben werden.

Die Art der Finanzierung ist es, die dem freiwilligen Arbeitsdienst zu einem gewissen Erfolg verholfen hat. Der Arbeitsfreiwillige, dessen Unterstützungsanspruch abläuft, sichert sich als Arbeitsfreiwilliger im Höchstfall für weitere 20 Wochen Unterstützung. Der Jugendliche, der überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung hat, wird als Arbeitsfreiwilliger unterstützt. Und nicht zuletzt ist es die Mehrbezahlung bei volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten, die, wenn sie auch zu einem bestimmten Zwecke gutgeschrieben wird, viele Arbeitslose veranlaßt, als Arbeitsfreiwilliger tätig zu sein. Mit hin ist es nicht der Wille zu freiwilliger Arbeit, die den Arbeitslosen veranlaßt, innerhalb des Arbeitsdienstes zu wirken, sondern die Aussicht auf Arbeit und Verdienst. Diese Zwangslage sollte bei der Würdigung des freiwilligen Arbeitsdienstes niemals außer acht gelassen werden. Und dennoch wirken diese Maßnahmen nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein im grauenhaften Elend der Arbeitslosen.

## Die Scharfmacher sind wieder da!

Bekanntlich soll am 1. Januar 1932 eine Neufestsetzung der Ortslöhne und der Sachbezüge, die bei der Bemessung der Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung maßgebend sind, erfolgen. Nach § 149 Abs. 2 der RVO. erfolgt die Festsetzung des Ortslohnes vom Oberversicherungsamt, wobei vorher die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören sind und das Versicherungsamt sich nach Anhören der Gemeindebehörden und der beteiligten Krankenkassen gutachtlich äußern muß.

Diese bevorstehende Neufestsetzung der Ortslöhne hat die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ auf den Plan gerufen. In einem vertraulichen Rundschreiben werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten und die Vorstände der beteiligten Krankenkassen „ersucht“, für eine angemessene Festsetzung der Ortslöhne gemäß den veränderten Wirtschafts- und Lohnverhältnissen einzutreten. Die „angemessene Festsetzung“ bedeutet aber nichts weiter als eine Herabsetzung der bisherigen Ortslohnhöhe. Die Unternehmervertreter werden gleichzeitig von der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ dahingehend aufgeklärt, was unter ihren Forderungen zu verstehen ist. Nämlich, daß die Höhe des Prozentsatzes, um den die Ortslöhne zu senken sind, abhängig sein muß: 1. von der Lohnentwicklung seit der letzten Festsetzung der Ortslöhne bis zum Zeitpunkt der Neufestsetzung und 2. von der in den kommenden Monaten noch bevorstehenden Lohnentwicklung. Das Unternehmertum gibt klar zu erkennen, daß es in den kommenden Monaten weiter Lohnreduktion verlangen will! Ganz eindeutig spricht es „von der in kommenden Monaten noch bevorstehenden Lohnentwicklung“, und es will gleichzeitig die für die kommenden Monate noch nicht einmal eingetretenen Lohnsenkungen bereits heute in der Festsetzung der Ortslöhne berücksichtigt wissen! Das ist eine unerhörte Herausforderung der Arbeiterschaft, die veranlaßt, daß alle Arbeitgebervertreter in den Versicherungsanstalten und Krankenkassen gegen den Plan des Unternehmertums energisch Front machen. Es muß betont werden, der neueste Angriff der Unternehmer richtet sich nicht nur allein gegen die Lohnhöhe, sondern auch gegen die Sachbezüge, deren Wert von den einzelnen Versicherungsämtern nach Ortspreisen festgesetzt wird.

Mit dem der Öffentlichkeit bekannt gewordenen geheimen Rundschreiben der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ ist festgestellt, daß die in letzter Zeit erfolgten Verschlechterungen, unter denen die Arbeiterschaft unerhört schwer zu leiden hat, dem Unternehmertum noch nicht genügt. Bei ihnen spricht der Weizen und sie wollen auf der ganzen Linie zum Angriff übergehen. Sie wissen, daß eine geschwächte Arbeiterschaft ihr bester Bundesgenosse ist und ist die erst niedrigerungen, dann erfolgt der Generalangriff. Deshalb müssen sich die Arbeiter trotz Rotverordnung der Abwehr der sozialen und kulturellen Reaktion wegen noch fester als bisher um ihre Gewerkschaften kümmern. Vergessen wir nicht, daß auch der diesmalige Unternehmerangriff in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Depression erfolgte und man geduldi den heutigen Zeitpunkt erwartete. Das Unternehmertum hat noch immer Zeit gehabt, sich den günstigsten Zeitpunkt seiner Frontalangriffe auszusuchen, die Arbeiterschaft aber darf keine Zeit verlieren, sie muß sofort handeln! Darum kämpft die Gewerkschaften, sie sind das Bollwerk gegen unternehmerliche Willkürherrschaft!

## Erlaß der Rundfunkgebühren für Arbeitslose

Die Reichspost hat mit Wirkung ab 1. Dezember einen Teil der bisherigen Rundfunkbestimmungen abgeändert, von denen einige besonders wichtige wegen ihrer Allgemeinbedeutung erwähnt werden sollen. So die Bestimmung, die den Verzicht auf die Rundfunkgenehmigung bis zum Ablauf jeden Monats möglich macht. Wer also jetzt den Rundfunk abbestellen will, muß nicht mehr, wie früher, die ganze Sperrfrist weiterbezahlen, sondern kann die Abmeldung der Rundfunkempfangsanlage durch Nichtbezahlung der Gebühr beim Briefträger vornehmen.

Auch die Frage des Rundfunkgebühren-Erlasses ist jetzt neu geregelt worden. Die Rundfunkgebühren können durch Antrag beim zuständigen Postamt in folgenden Fällen erlassen werden:

- Für Blinde.
- Schwertriebsbeschädigten und Personen, die infolge eines Leidens in ihrer Bewegungsmöglichkeit behindert sind und sich in bedrängter wirtschaftlicher Lage befinden.
- Krankenhäusern, Heilanstalten, Heimen usw., die vorzugsweise zur Aufnahme der obengenannten Personen bestimmt sind. Ferner öffentliche oder gemeinnützige Anstalten für Geisteskranken, Sieche, Fürsorge-

## Mit neuem Mut ins neue Jahr!

Am 2. Januar ist der 2. Wochenbeitrag fällig

zöglinge sowie solchen öffentlichen oder gemeinnützigen Anstalten, die der vorbeugenden Armenpflege oder Wohlfahrtspflege dienen.

d) Arbeitslosen, die Krisenunterstützungsempfänger sind oder als ausgesteuerte Krisenunterstützungsempfänger Wohlfahrtsunterstützung erhalten.

e) Arbeitslosen, die nach Wegfall der Arbeitslosenunterstützung nicht erst Krisenunterstützung, sondern sogleich von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten.

f) Arbeitslosen, die den Gemeinden zur Wohlfahrtsunterstützung überwiesen sind, aber wegen Mittellosigkeit ihrer Gemeinde vorübergehend keine Unterstützung erhalten. In diesem Fall ist eine Bescheinigung der Ortsbehörde vorzulegen.

g) Aus der Krisenunterstützung ausgesteuerte kriegsbeschädigte Arbeitslosen, die zwar keine Wohlfahrtsunterstützung erhalten, deren Bedürftigkeit jedoch durch Gewährung einer Zulagenrente anerkannt ist.

h) Kriegsbeschädigten Arbeitslosen, die nach Wegfall der Arbeitslosenunterstützung infolge Anrechnung ihrer Militärenten keine Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung erhalten, denen aber wegen Bedürftigkeit die Zulagenrente gewährt wird.

Erkrankten Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, die für die Dauer ihrer Erkrankung an Stelle der Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung Krankengeld beziehen.

## Um die Einheit der Arbeiterklasse

Die reaktionäre und faschistische Sturmflut, die über Deutschland brandet und in der die Arbeiterschaft unterzugehen droht, hat erfreulicherweise zu einheitlicher Handlung der Spitzengewerkschaften geführt. Die achtinggebietende Macht, die dadurch der Reaktion immer mit Erfolg entgegengestellt wurde, führte naturgemäß zu einer Beilegung der in den letzten Jahren nie ganz eingestellten Diskussion über die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Besonderes Interesse gewinnt diese Diskussion dadurch, daß Genosse Leipart, der Vorsitzende des DGB., sich daran beteiligt und Antworten gibt auf drei Fragen, die den freien Gewerkschaften in der Zeitschrift des Hirsch-Duncker'schen Metallarbeiterverbandes vorgelegt wurden. Die erste Frage gilt dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Parteien, die zweite dem Verhältnis zwischen Kirche und Gewerkschaften und die dritte die Stellung der Gewerkschaften zu Staat und der kommunistisch-bolschewistischen Revolutionstreiberei.

Die Fragen werden von Leipart zunächst allgemein mit dem Hinweis auf den Zweck der Gewerkschaften, der in erster Linie auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Steigerung der gesellschaftlichen Geltung der Arbeiterschaft gerichtet ist, beantwortet. Zur Erfüllung dieses Zweckes ist deshalb oberstes Gebot für die Gewerkschaften, daß ihre Tore offen stehen für alle, die ihrer sozialen Stellung gemäß in ihre Reihen gehören, ohne Unterschied und unbeschadet der politischen Meinung und des religiösen Bekenntnis des einzelnen; denn nur in der Größe der Zahl und in der Einmütigkeit des Willens

der Arbeiter liegt die Gewähr für die Erreichung des Zweckes der Gewerkschaften. Wenn anlässlich der Entstehung der Gewerkschaften politische Parteien eine gewisse Rolle gespielt haben, und daraus einen Anspruch auf Mitverfügung über sie glaubten ableiten zu können, so haben Aufgaben und Eigenart der Gewerkschaften es vermocht, sich aus der Umklammerung durch politische Einflüsse zu befreien. Die Gewerkschaften haben heute ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchgesetzt. In den Gewerkschaften besteht infolgedessen schon seit Jahrzehnten das Recht der Meinungsfreiheit in politischen Dingen. Dies jedoch mit der Einschränkung, daß die Mitglieder der Gewerkschaften es sich versagen müssen, als Abgeordnete einer politischen Partei aufzutreten mit der Absicht, die gewerkschaftliche Organisation dem Willen ihrer Partei zu unterwerfen, sie zu einem Mittel für den Zweck ihrer Partei herabzudrücken.

In der Antwort auf die zweite Frage, die einer Klarstellung des Verhältnisses der Kirche zu den Gewerkschaften dient, stellt Leipart abermals fest, daß die religiöse Glaubensfreiheit des Mitgliedes gegen jeden Zweifel sichergestellt sein muß. Wir haben keinen Grund, innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und anderen Arbeitskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungsstrich zu ziehen. Nur muß Glaubensfreiheit einhergehen mit religiöser Duldsamkeit. Wo Raum sein soll für religiöse Freiheit, da kann nicht der Ort sein für konfessionelle Zwietracht. Indessen bleibt es nach wie vor notwendig, auch die Meinung der Gewerkschaften herauszustellen, wenn die Kirche als Organisation des gesellschaftlichen Lebens, mit ihrer Auffassung über Fragen vor die Öffentlichkeit tritt, die die Arbeiterschaft berühren. Wenn die Kirche Partei ergreift, dann wird sie als Partei gewertet.

Die dritte Frage beantwortet Leipart, indem er darauf hinweist, daß gar kein Zweifel darüber besteht, daß die Gewerkschaftsbewegung dem Staate, der Nation, der Republik, der Demokratie dienen muß. Und zwar nicht allein um der uns allen selbstverständlich gewordenen Erkenntnis willen, daß im demokratischen Staat ihrer Betätigung der günstigste Boden bereitet und der weiteste Spielraum gegeben ist, sondern vor allem darum, weil wesentliche Züge im Bilde des gegenwärtigen Staates ihren Ursprung dem positiven Aufbauwillen der Gewerkschaften verdanken. Daraus ergibt sich auch, daß die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung die Pflicht haben zum entschlossenen Kampf gegen alle Gefahren, die dem demokratisch-republikanischen Staate und den Rechten der Arbeiterschaft drohen, mögen diese Gefahren nun von kommunistisch-bolschewistischer Revolutionstreiberei oder von anders gearteten offenen oder getarnten Umsturzbestrebungen ausgehen.

Dieser hier in kurzen Zügen wiedergegebene Standpunkt der freien Gewerkschaften enthält das Aufbauprogramm, auf dem allein in Zukunft die Aufgaben der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft gelöst werden können. Die auch uns noch als Gegner gegenüberstehenden anderen Gewerkschaftsrichtungen haben nunmehr das Wort. Sie müssen, dessen sind wir uns gewiß, anerkennen, daß die Grundlagen der Einigung vorhanden sind. Sie werden, wenn sie verantwortungsbewußt handeln, daraus auch die unbedingt notwendigen Konsequenzen ziehen.

## Die Bäcker aus Stahl und Eisen

Unter dieser Ueberschrift befindet sich in der „Roten Fahne“ Nr. 225 vom 6. Dezember 1931 ein Bericht von dem „in die Sowjetunion entsandten WB.-Redaktionsmitgliede“, in dem die Eröffnung der Brotfabrik Nr. 5 in „Krasnaja Presnja“ (Moskau) als „ein Wunderwerk des Sozialismus“ gepriesen wird, weil hier die „Diktatur des Proletariats“ eine Brotfabrik aufgebaut hat, „in deren Schlund auf der einen Seite die Mehlsäcke hineinwandern und auf der anderen Seite die gebackenen Brote herausrollen. Und alles geschieht mechanisch. Vom ersten bis zum letzten Prozeß berührt keine menschliche Hand das Produkt“. Weiter wird hervorgehoben, daß „die Maschinen weder Tag noch Nacht stillstehen, denn die Fünftagewoche und die Schichten ermöglichen einen ununterbrochenen Produktionsgang“.

Hier wird unumwunden festgestellt, daß von einem Nachtarbeit in Rußland keine Rede ist! Als die Russen noch der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter angehörten, wurde wiederholt die Tatsache der Nachtarbeit in den russischen Bäckereien gelehnet! Wir wollen hier diese Doppeltzungigkeit übergehen und wenden uns weiter dem Bericht der „Roten Fahne“ zu, in dem es heißt: „Tag für Tag werden 240000 Kilogramm Brot von diesem Mutterbetrieb geliefert. Und für dieses Quantum Brot sind nicht mehr als 320 Arbeiter, Ingenieure und technisch leitendes Personal notwendig. Im Jahre 1932 werden noch sieben solcher Fabriken in Moskau und vier in Leningrad erbaut!“

Wir wollen uns die Wiedergabe der weiteren Jubel- hymnen über den „Siegeszug der sozialisti- schen Technik“ (so heißt es wörtlich) ersparen. Ebenso wollen wir hier keine Diskussion über das Tempo der Technik in Rußland gegenüber anderen Ländern und besonders Deutschlands herbeiführen, desgleichen nicht über die „Segnungen“ der „Rationalisierung“. Der deutsche Arbeiter kennt alle diese Dinge aus den Erfahrungen am eigenen Leibe zur Genüge. Aber der Leser der „Roten Fahne“ wird wohl selbst stutzig werden, wenn er nun auf der näch- sten Seite derselben Nummer seiner Zeitung zu dem gleichen Vorgang der technischen Entwicklung eine ganz andere Beurteilung liest. Hier wird nämlich ein Bild gezeigt, wobei eine Anzahl Arbeiterinnen am sogenannten laufenden Band mit dem Füllen und Abnehmen von Gebäckstücken beschäftigt ist. Aller- dings besteht hier ein kleiner Unterschied, nämlich darin, daß hier der „Siegeszug der Technik“ nicht in Rußland, sondern in Deutschland gezeigt wird. Die Ueberschrift zu diesem Bild heißt „Rationalisierter Weihnachtsmann“. Und darunter steht: „Selbst die Großbäckereien sind längst dazu übergegangen, die leckeren Sachen für das durch „Burgfrieden“ geschützte „Fest der Liebe“ am laufenden Band herzustellen. Soudso viel früher hier beschäftigte Arbeiterinnen gehen jetzt stampeln und sind froh, zum christlichen Weihnachtsfest wenigstens ein Stück trockenes Brot zu haben. Im übrigen: Freue dich, o freue dich, du Christenheit...“

Ja, in Rußland ist es doch ganz anders, da gibt es auch eine „sozialistische Technik“ wie uns so „über- zeugend“ in der „Roten Fahne“ nachgewiesen wird!

### Führermoral

„Krieg und Inflation haben auch“, so lesen wir in der Sonderausgabe zum Jubiläum der „Frankfurter Zeitung“ (Nachkriegs-Kapitalismus) in einem Artikel, überschrieben „Unsere Unternehmer“, „auf diesem Ge- biete verheerende Wirkungen und Nachwirkungen ge- zeitigt. Beinahe in allen Ländern hat es Großspu- lanten und Finanzmeteore gegeben, die aus der Not der Massen Kapital zu schlagen versuchten. Sie wurden fast alle von einem raschen Ende ereilt. Aber die In- flation, namentlich die in Deutschland, die größte aller Zeiten, hinterließ in breiteren Kreisen der Führer ihre nachteiligen Spuren. Die Großmannsucht, die einzelne arrivierte Unternehmer an den Tag legten, der mit der Not der Massen und der geistigen Oberflächlichkeit und mit der Belastung des Landes kontrastierende Lebensstil, den ein gewisser Teil unserer Wirtschaftsführer entfaltete; die kriminellen Vorfälle, die beim Zusammenbruch erster Unternehmungen (Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. und Norddeutsche Wollkämmerie) offenbart wurden; die vielfachen Mißbräuche im Aktienwesen, die im Anschluß an eine in der Inflationszeit leider gang und gäbe gewordene Aktionär-Expropriation zu beobachten waren; die Versuche, mit Hilfe von Stimmrechtsaktien industrielle Erbdynastien aufzubauen und die Unternehmerherr- schaft statt auf Leistung auf Vergewaltigung der Kapi- talgeber zu gründen; die Protektion und die Klügelwirtschaft, die demgemäß bei der Be- setzung leitender Stellen eine Rolle spielten; die Fest- setzung von aufreizenden Phantasiebezügen für die leitenden Männer, die häufig ohne Rück- sicht auf Leistung, Qualifikation und „Marktwert“ erfolgte; die Inkonsequenzen, deren sich grundsätzliche Vertreter einer freien Unternehmerwirt- schaft mehr als einmal schuldig gemacht haben, wenn es sich darum handelte, in irgendwelcher Form staat- liche Subventionen für das eigene Unternehmen zu ge- winnen; überhaupt das anspruchsvolle Auftreten bei der Beurteilung volkswirtschaftlicher Fragen, das sich manche dieser Führer anmaßten, auch wenn sie, obwohl vielleicht gute Geschäftsleute, völlige Laien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik waren — das alles und manches andere hat das Vertrauen in die überlegene und einwandfreie Wirtschaftsführung beeinträchtigt und dazu geführt, daß die großen posi- tiven Leistungen des Unternehmertums in der Nach- kriegszeit nicht die gebührende Anerkennung gefunden haben... Auf den Unternehmern und Kapitalisten selber lastet heute die Hauptverantwortung für das Schicksal des deutschen Kapitalismus.“

Auch der sozialistische Kritiker muß dieser Charakte- ristik der Führermoral des Unternehmertums voll- inhaltlich zustimmen. Es ist in der Tat so, daß zwischen den Bezügen und den Leistungen vieler Unternehmer starke Widersprüche bestehen.

### Nazis kämpfen mit marxistischen Methoden

Wer die Nazis kennt, wird ob dieser Feststellung den Kopf schütteln. Sie, auf die das Wort Marxismus wirkt wie das rote Tuch auf den Stier, die mehr als einmal geschworen haben, den Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten — nebenbei bemerkt, weiß von hundert Nazis vielleicht nur einer was eigentlich Marxismus ist —, sie sollen auf einmal mit marxisti-

schen Methoden kämpfen? Kaum glaubhaft aber doch wahr, und zwar deshalb, weil diese Feststellung nicht wir treffen, sondern ein Geistesverwandter der Nazis, nämlich der Führer des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Wertvereine, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt. Dieser zeigt mit dem Finger auf die in der Nazi-Partei tätigen Gewerk- schaftler des DAV, und behauptet von ihnen, daß lediglich von ihnen der gehässige, mit marxistischen Methoden geführte Kampf gegen die nationale wirt- schaftsfriedliche Bewegung, die ganz zu Unrecht mit der Bezeichnung Gelb bedacht wird, stamme. Wir haben dieser Feststellung nichts hinzuzufügen.

### Paul Bergmann, 25 Jahre Verbandsangestellter



Am 1. Januar 1907 erfolgte die Anstellung des Kollegen Berg- mann als Bevollmächtigter der Ortsgruppe Berlin im Zentral- verband der Fleischer und Berufs- genossen, nachdem er dieses Amt bereits eine Zeitlang ehrenamtlich bekleidet hatte. Es war keine leichte Aufgabe, in damaliger Zeit solchem Posten vorzustehen, zumal die Opposition im Verband stürmisch vorwärtsdrängte, die aber keines-

falls mit der heutigen vergleichbar ist. Diese Opposition war von gewerkschaftlichem Geist durch- drungen und hat stets das Beste gewollt. Dem Ver- bande fehlte aber die erforderliche Kraft und diese mußte durch intensive Arbeit, die sich hauptsächlich auf die Kleinagitation erstreckte, erst geschaffen werden. Die Lohnbewegungen spielten sich ausschließ- lich im Kleinkrieg ab. Es mußten erst in den Wurst- fabriken die Belegschaften zu Kämpfern erzogen werden, dennoch blieben Erfolge durch Tarifabschlüsse nicht aus. Stets im Vordergrund bei Streiks und Boykotts stehend und Streikbrecher zurückhaltend, das brachte Bergmann bald eine Gefängnisstrafe ein. Um so mutvoller setzte er seine Tätigkeit fort. Im Kampfe um die Mitverwaltung in der Ortskrankenkasse des Schlächtergewerbes, um den paritätischen Arbeitsnachweis, sahen wir Bergmann stets an der Spitze.

Der Verbandstag 1913 wählte Bergmann zum Redakteur des Verbandsorgans „Der Fleischer“. 1918 vom Heeresdienst freigekommen, übernahm Berg- mann die Bezirksleitung in Norddeutschland, und zugleich wurde er Bevollmächtigter der Ortsgruppe Hamburg, wo er wieder ein großes Tätigkeitsfeld vorfand, das er mit Erfolg bearbeitete. Bei all dieser Arbeit wirkte er stets in der politischen wie genossen- schaftlichen Organisation als Funktionär in den vor- dersten Reihen. Seine Tätigkeit als Aufsichtsratsmit- glied in der „Produktion“, als Bürgerchaftsmitglied in Hamburg und als Reichstagsabgeordneter zeugen von dem Vertrauen, das allseitig in ihn gesetzt wird. Als Freund der Verschmelzung zum großen Ver- band hat er eifrig mitgewirkt. Bei der Verschmelzung wurde ihm der Gauleiterposten für den Gau Norden übertragen, und auch hier zeigt unser Kollege, was Pflicht und Gewissenhaftigkeit ist, ohne seine politi- schen und genossenschaftlichen Aufgaben zu ver- absäumen.

Jetzt zählt Paul Bergmann auch schon zu den- jenigen, die das 50. Lebensjahr überschritten haben. Hat auch der Zahn der Zeit durch die aufreibende Tätigkeit schon an seiner Gesundheit genagt, die Pflicht zur Arbeit läßt ihm nicht Zeit, etwas mehr an sich selbst zu denken.

Schon in frühester Jugend als Fleischergeselle in Deutschland und Dänemark die beruflichen Freuden und Leiden kennenlernen, erwachte auch in ihm das Bestreben, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Und so sehen wir stets unseren Freund und Kollegen in- mitten der Verbandsmitglieder als Agitator seit mehr als 30 Jahren, der keinesfalls vor Maßregelungen zurückschreckte, so oft er sie auch fühlen mußte.

Wir wünschen unserem Freund und Kollegen an diesem Jubiläumstage alles Gute, vor allem Gesund- heit, damit er seine geschätzte Arbeitskraft der Ar- beiterbewegung und unserem Verbands noch recht lange widmen kann.

### Mißstände, die zu beseitigen sind

Aus den statistischen Berechnungen über die Einfuhr ausländischer Lebensmittel geht eindeutig hervor, daß u. a. auch die Schlachtwieheinfuhr fast vollständig auf- gehört hat. Das Entgegenkommen gegenüber der Landwirtschaft wirkt sich aus durch überhöhte Zölle für Schlachtwiehe. Darunter leiden vor allen Dingen die dänischen Viehhalter und Bauern, die einschließlich 150 Mt. Zoll für ein Stück Großvieh noch die Trans- portgebühren und sämtliche Unkosten zu tragen haben. Der Zoll sollte bekanntlich den Zweck haben, die Land- wirtschaft vor Auslandskonkurrenz zu schützen und ein Absacken der Viehpreise zu verhindern. Trotzdem sinken die Viehpreise in Deutschland rapid, womit er-

wiesen ist, daß Zollmaßnahmen keinen absoluten Schutz der Landwirtschaft darstellen. Aus Dänemark kommt nun die Kunde, daß zum Beispiel Kühe, bei denen ein Milchtrag nicht mehr in Frage kommt, abgeschachtet werden und lediglich die Haut und Därme Verwendung finden, während das Fleisch, das weder ausgeführt noch in Dänemark abgesetzt werden kann, vernichtet wird. Und in Deutschland herrscht unbeschreibliche Not, und das Reich will durch einen 15-Millionen-Kredit die Frischfleischverbilligung fördern.

Ähnliche Zustände bestehen in den deutschen See- grenzschlachthöfen. Hier wird Vieh aus dem Ausland eingeführt, verläßt als Transit-schlachtungen ohne Zoll- gebühren Deutschland und geht wieder nach dem Aus- land. Will aber der Importeur neben dem reinen Fleischansatz auch Köpfe und Innereien ausführen, dann bedeutet das für ihn einen großen Verlust, so daß er auf die Ausfuhr von Köpfen und Innereien verzichtet. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist aber eine „Einfuhr“ von Köpfen und übrigen Schlacht- nebenprodukten verboten. Also fallen diese für die Volksernährung so wichtigen Schlachtnebenprodukte der Vernichtung anheim! Die ausländischen Im- porteure, denen die deutsche Massennot bekannt ist, versuchen, diese wertvollen Tiererteile Arbeitslosen kostenlos zur Verfügung zu stellen, was aber nach den Buchstaben des Gesetzes nicht möglich ist! Wir leben wirklich in einem gefegneten Zeitalter, in dem Millionen von Menschen nicht wissen, wie sie ihren hungrigen Magen füllen sollen, während eine heilige Bürokratie kraft des Gesetzes die Vernichtung von Lebensmitteln anordnet!

### Spanien!

Als die Revolution über dieses Land dahinfegte, wurde mit allen konservativen Anschauungen gebrochen und sogar der Erzönig von einem Revolutionstribunal zum Tode verurteilt. Es kann keinem Zweifel unter- liegen, daß die Spanier aus anderen Revolutionen, namentlich aus der deutschen von 1918, gelernt haben. Nicht nur, daß die Reaktion siegreich geschlagen wurde, jetzt beginnt sich freiheitliches Leben bemerkbar zu machen. Der Spanier, der jahrhundertelange Knecht- schaft ertragen mußte, fühlt sich plötzlich aller politi- schen und wirtschaftlichen Fesseln entledigt. Die erste große Tat der spanischen Republik war, daß sie den Frauen das politische Gleichbestimmungsrecht gab. Die Rechte des Klerus wurden beträchtlich eingeschränkt und die soziale Arbeitsgesetzgebung im kulturellen Sinne aus- gebaut.

So wurde dem spanischen Parlament ein Gesetz- entwurf zur Einführung des Mitbesti- mungsrechtes der Arbeiter in den ge- werblichen Betrieben vorgelegt. Er stützt sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrages Teil XIII zum Zwecke einer gerechten sozialen Ordnung in allen Ländern. Es soll nicht nur der persönliche Schutz in den Betrieben gewährleistet sein, sondern auch Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ins Leben gerufen werden. Danach sollen diese Ausschüsse aus mindestens 3, höchstens aber 15 Vertretern bestehen. Nach Artikel 9 des Entwurfes sind ihre Aufgaben wie folgt festgelegt: Kontrolle über die Durchführung des Tarifvertrages, die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen, Regelung des Stundenplanes (Arbeits- zeit und Pausen) und die Überwachung der hygieni- schen Bestimmungen. Ihre Rechte sind gegenüber den deutschen Betriebsräten größer. Sie haben das Recht, Bücher und Bilanzen zu prüfen, können Vorschläge für den Aufsichtsrat eines Unternehmens machen und haben Schwankungen zwischen Produktion, Absatz und den Löhnen zu beobachten. Die Ausschüsse müssen ferner über den Einkauf und die Preise der Rohstoffe und über die Produktions- kosten unterrichtet werden, ferner über das Betriebskapital und die den Aktionären ausgeschütteten Gewinne und Divi- denden.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Bestimmung, daß der Ausschuß das Recht hat, alle drei Monate einen Be- richt an die zuständige Arbeiterorgani- sation senden zu können. Der Gesetzesentwurf sieht dann noch vor, welche Strafen im Falle der Nichtbefolgung der Bestimmungen und der Ab- stellung der vom Ausschuß gerügten Mängel in An- wendung kommen. Das Gesetz soll weiter die Be- stimmung enthalten, daß der Unternehmer vor beabsichtigten Betriebseinschränkungen dem Ausschuß Mitteilung zu machen hat, damit gegebenenfalls ein wöchentlicher Ruhetag, Arbeitszeiterkürzungen oder andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeits- losigkeit durchgeführt werden können. Es ist ohne jeden Zweifel, daß in dem Gesetzesentwurf wesentliche Vorteile enthalten sind. Worauf wir aber besonders hinweisen möchten, ist die Tatsache, und das beweist Spanien, daß alle Rechte der Arbeiterschaft nur dann durchgesetzt und verbürgt werden können, wenn die Reaktion zurückgeschlagen ist. Unsere Ruhelanwendung, die wir daraus ziehen, ist: Kampf der Reaktion und Stärkung der Gewerkschaften, denn nur durch sie ist es möglich, daß die Arbeiterschaft siegreich bestehen kann!

### Nicht die Technik ist schuld

Dastar von Müller sprach aus Anlaß der Eröffnung des Wintersemesters 1931/32 im Hause der Technik in Essen vor einer überaus stark besuchten Versammlung, vor Technikern und Wissenschaftlern des Ruhrgebietes über das Thema: „Die Technik als Wohlbringerin der Menschheit.“

Er ging auf die bestehende furchtbare Wirtschaftskrise der Gegenwart ein und betonte, daß an dieser Krise nicht die Technik schuld sei, sondern die Tatsache, daß die Menschen in ihren sozialen Anschauungen ihrer finanziellen wirtschaftlichen Methoden und in ihrer Gesetzgebung dem technischen Fortschritt nicht hätten folgen können. Einschränkung des Verbrauchs sei keine wirkliche Hilfe gegen die Ueberproduktion. Die einzige Hilfe gegen diese Ueberproduktion, die heute die ganze Wirtschaft bedrohe und die Menschen arbeitslos mache, bestehe darin, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Verbrauch zu erhöhen.

Ueber die beste Art der Arbeitszeitverkürzung könne man geteilter Meinung sein. Die beste Art ausfindig zu machen, sei eines ernstesten Studiums wert.

Die Erzeugung und Befriedigung neuer Bedürfnisse habe die Menschen noch nie unglücklich gemacht, das zeige die Geschichte der Technik. Es komme nur heute darauf an, die finanzwirtschaftlichen Methoden zu verbessern, damit die Kapitalmängel die volle Ausnutzung der Technik zum Nutzen der Menschheit unmöglich machen.

Diese ernstesten Darlegungen eines hervorragenden Technikers verdienen größte Würdigung und geben unseren gewerkschaftlichen Anschauungen vollkommen recht.

Nicht die Technik ist schuld an dem Elend und der Not der Zeit sondern die finanzpolitischen Maßnahmen, die Fehlinvestitionen in den Betrieben und nun soll der arbeitende Mensch für die kapitalistischen Fehlinvestitionen bluten.

### Bäckereien und Fleischereien in Berlin

Ueber die Gesamtumsätze im Bäcker- und Fleischer-gewerbe berichteten wir in Nr. 27. In dieser Abhandlung wird noch besonders auf die Bedeutung dieser Berufsgruppen in Berlin eingegangen.

Eine so große Stadt wie Berlin hat naturgemäß ein stark pulsierendes Wirtschaftsleben. Berlin ist eine Stadt der Arbeit. Weit über eine Million Erwerbstätige werden gezählt. Das Handwerk hat in Berlin bezeichnenderweise einen sehr breiten Boden. Daraus geht hervor, daß in der modernen Volkswirtschaft die Kleinbetriebe neben den modernsten Großbetrieben zu bestehen vermögen. In diesem Zusammenhang wollen wir einmal auf die Fleischereien und Bäckereien Berlins einen Blick werfen. Die Zahl der Fleischereien in Berlin belief sich nach einer Zählung im Jahre 1927 auf 4193 mit einem Gesamtumsatz von 624 Millionen Mark oder im Durchschnitt auf einen veranlagten Betrieb rund 149 000 Mk. Auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfällt ein Gesamtumsatz von 155 Mk. jährlich. Es gibt nur eine Stadt, die Berlin in dieser Beziehung überflügelt, das ist Stettin, wo auf den Betrieb 168 000 Mk. und auf je 10 000 Einwohner 9 Fleischereien kommen. Alle übrigen Großstädte bleiben weit hinter Berlin zurück. In Aachen z. B. beträgt der Umsatz je Betrieb rund 50 000 Mk. oder den dritten Teil eines Berliner Betriebes. In

der Stadt Hamburg, wo fast nur Schwerarbeiter wohnen, beträgt der Fleischereumsatz je Kopf der Bevölkerung nur 47 Mk. Das sind nur etwa 30 Proz. je Kopf der Berliner Bevölkerung.

Der Zahl nach gibt es in Berlin mehr Bäckereien als Fleischereien. Die 4408 vorhandenen Bäckereien haben einen Umsatz von 235 Millionen Mark oder 53 000 Mk. je Betrieb. Auf je 10 000 Einwohner kommen in Berlin 11 Bäckereien und auf den Kopf der Bevölkerung ein Umsatz an Backwaren von 58 Mk. Die Zahl der Bäckereien war höher in Hamburg, Dresden, München und Leipzig, wo auf 10 000 Einwohner 13 bzw. 14 Bäckereien entfallen. Der Durchschnittsumsatz in Bäckereien war in sechs Großstädten (Wittona, Hamburg, Hamburg, Lübeck, Oberhausen und Frankfurt a. M.) höher als in Berlin. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel ein höherer Absatz an Backwaren als in Berlin in 11 Großstädten. Darunter befindet sich Elberfeld mit einem Umsatz von 77 Mk. je Kopf an der Spitze. Diese Zahlen und Angaben zeigen, daß einige Zweige des Nahrungsmittelgewerbes zusammengefaßt immerhin eine nicht geringe wirtschaftliche Bedeutung besitzen. Wenn z. B. das Berliner Fleischerergewerbe einen Jahresumsatz von 624 Millionen Mark erreicht, so übersteigt diese Summe die Umsatzzahlen einer so großen und international ausgebreiteten Gesellschaft, wie es der Konzern von Siemens u. Halske ist. Das Nahrungsmittelgewerbe ist für die Volkswirtschaft von höherer Bedeutung, als dies im öffentlichen Leben zum Ausdruck kommt. Die Großindustrie ist überall tonangebend, obwohl sie teilweise an den Umfang und die Bedeutung des Nahrungsmittelgewerbes nicht heranreicht.

### Reichskommissar für Preisüberwachung

Im Zusammenhang mit der vierten Notverordnung werden die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung festgelegt. Dem Reichskommissar für Preisüberwachung steht das Recht zu, Vorschriften oder Anordnungen über die Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfes oder für sonstige lebenswichtige Artikel zu erlassen. Insbesondere ist seine Aufgabe, Preisspannen und Zuschläge zu regeln und freiwillige Senkungen der Preise zu erwirken. Er kann aber auch nach seinem eigenen Ermessen Preise, Preisspannen und Zuschläge unmittelbar herabsetzen oder andere Maßnahmen, die diesem Zwecke dienen, treffen. Alle gegen die Anordnungen des Reichskommissars verstoßenden Maßnahmen können mit Gefängnis und Haft und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe geahndet werden. Ihm sind besondere Vollmachten zugebracht. Er kann die Fortführung eines Betriebes, der lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellt oder vertreibt, verbieten, wenn der Inhaber den ergangenen Anordnungen nicht Folge leistet. Der Auszeichnungszwang ist für alle lebenswichtigen Bedarfsgegenstände vorgesehen, aus denen der genaue Verkaufspreis ersichtlich ist. Insbesondere soll angeordnet werden, daß auch für Warenkategorien, die nicht unmittelbar zur Schau gestellt werden, eine Preisauszeichnung erfolgt. Neben einer Anzahl Befugnisse, die der Reichskommissar zum Zwecke der Vollstreckung erhält, ist ihm das besondere Recht vorbehalten worden, daß er zur Begutachtung von Preisen, Preisspannen und Zuschlägen besondere Preisauschüsse aus den beteiligten Kreisen einberufen kann.

Wie weit die Tätigkeit des Reichskommissars von Erfolg gekrönt ist, wird die Zukunft lehren. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß Brüning, noch ehe die Notverordnung der Öffentlichkeit übergeben

wurde und lediglich das Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates zur Diskussion stand, die selerische Erklärung abgab, erst dann Maßnahmen zum weiteren Lohnabbau zu treffen, wenn die Senkung der Preise vorangegangen sei. Heute kann von alledem keine Rede mehr sein! Wir registrieren, wie wir voraussetzten, ein uneingehaltenes Versprechen des Kanzlers mehr, von dem nur übrig bleibt, daß es nicht gehalten wurde! Die Arbeiterschaft wird für die Zukunft solche „Versprechungen“ entsprechend zu würdigen wissen. Trotz alledem bleibt aber abzuwarten, welchen Ausgang die „Preisabbauaktion“ nimmt. Die Löhne sind bereits soweit abgeholt, daß Preisenkungen den Kaufkraftschwund kaum ausgleichen können!

### Verspätete Krankmeldungen

Durch eine der vielen Notverordnungen ist in die Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung aufgenommen worden, nach der jede Arbeitsunfähigkeit der Klasse sofort, jedoch spätestens innerhalb einer Woche zu melden ist. Geht die Meldung erst später ein, so ruht das Krankengeld. Es wird also für die Zeit, für die die Meldung unterbleibt, nicht gezahlt. Brachte diese Neuerung schon eine Verschlechterung für die Versicherten, so wurde diese durch die bürokratische Anwendung derselben durch manche Klassen noch verschärft. Es sind eine ganze Reihe Entscheidungen von Versicherungsbehörden ergangen, die erfreulicherweise meist einen günstigen Standpunkt einnehmen. Zusammengefaßt kann man denselben entnehmen, daß die Krankenkassen diese Meldevorschrift nicht allzu streng auslegen sollen. Dieser Meinung hat auch der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 17. Februar 1931 Ausdruck gegeben. Es heißt, daß auch bei verspäteten Krankmeldungen das Krankengeld dann nicht zu versagen ist, wenn die Einhaltung der Meldefrist dem Versicherten nicht möglich gewesen ist. Es müssen Hindernisse vorliegen, die die rechtzeitige Meldung dem Versicherten unmöglich machen. Nach Wegfall dieser Hindernisse ist die Meldung jedoch unverzüglich (das heißt sofort) nachzuholen. Neuerdings hat sich auch das Reichsversicherungsamt mit der Frage des Ruhens von Krankengeld beschäftigt. Es hat sich in einem Bescheid vom 16. Juli 1931 der Meinung des Reichsarbeitsministers angeschlossen. In diesem Bescheid heißt es weiter wörtlich: „Ob dem Versicherten die Beobachtung der Meldefrist nicht möglich war, ist je nach Lage des Einzelfalles zu beurteilen. Unter Umständen wird dies auch dann anzunehmen sein, wenn der Versicherte sich nach der Mitteilung des Arztes oder nach der bei seiner Krankenkasse bestehenden Uebung darauf verlassen konnte, daß der behandelnde Arzt für ihn die Meldung erstatten werde, und diese Meldung ohne Verschulden des Versicherten dann nicht fristgemäß erfolgt ist.“

### Lohnabbau — Dividendenaufbau

Für die Magdeburger Mühlenwerke A.-G. ist das Geschäftsjahr 1930/31 in jeder Beziehung zufriedenstellend verlaufen. In dem Abschluß, der der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, ist von der Krise in Deutschland und der Welt nichts zu merken. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht, und durch Ausbau der Absatzorganisation hat sich auch der Umsatz erheblich vergrößert. Die Roheinnahmen stiegen demzufolge um 330 000 auf 1,26 Millionen Mark. Bezugsanteil bei weitem geringer haben sich die Betriebskosten und die Steuern erhöht. Die Abschreibungen wurden um nahezu 30 Proz. auf 156 000 Mark heraufgesetzt. Der Reingewinn ist gegenüber

### Das blühende Böttcherhandwerk in Pilsen

Es hört sich fast wie ein Scherz an, vom blühenden Böttcherhandwerk zu schreiben. Und doch hat diese Form der Ausdrucksweise seine Berechtigung, wenn auch nicht für Deutschland, so doch für die Tschechoslowakei und insbesondere für das Böttcherhandwerk in Pilsen.

In Deutschland steht das Böttcherhandwerk im schweren Kampf gegen die Eisen- und Baustoffindustrie. Diese haben durch die Herstellung riesenhafter Eisen- und Betontanks dem Böttcherhandwerk einen Teil seiner Existenzgrundlage entzogen. Fast möchte man behaupten, daß dieser Kampf nicht zu einer Niederlage des Böttcherhandwerks geführt hätte, wenn in den Brauereien und teilweise auch in den anderen Getränkeindustrien alles Tun und Lassen nicht diktiert würde von dem allmächtigen Einfluß des Kapitals. Das Kapital ist es, das eine räumliche Ausnützung der vorhandenen Keller verlangt. Es ist es auch, das die Arbeit des alljährlichen Ein- und Auskellers und das Pichen der Lagerfässer sofort dann als überflüssig empfand, als Stahl- und Betontanks eine bessere Kapitalverwertung versprochen.

Dieser nur vom Kapital diktierte Vernichtungskrieg gegen das Böttcherhandwerk war nicht an

dem Widerstand zum Scheitern zu bringen, den einsichtige Fachleute des Braugewerbes ihm entgegenstellten. Sie mußten mit Resignation hinnehmen, daß ihnen eine Voraussetzung für die Herstellung eines wirklich guten Bieres entzogen wurde. Nur geringe Konzessionen wurden ihnen hier und da gemacht, indem für Spezialbier Holzboische und -fässer auch weiterhin beibehalten wurden. Diese Konzession ist gleichzeitig der stärkste Kronzeuge für die bis in die Neuzeit hinein mit großem Erfolg zur Bierherstellung verwendeten Holzgefäße.

Im Bürgerlichen Bräuhaus in Pilsen scheint nicht das Kapital, sondern nur der Fachmann ausschlaggebend zu sein. Dort werden heute noch nur Holzboische und Holzlagerfässer verwendet. Und da diese, wie unser Bild zeigt, auch noch nach der alten, wenn auch etwas zeitraubenden Methode behandelt werden, deshalb blüht in dieser Brauerei das Böttcherhandwerk und mit ihm das Geschäft.

In dem Gärkeller des Bürgerlichen Bräuhauses, der 11 Abteilungen mit mehr als 18 000 Quadratmeter Flächenraum umfaßt, stehen 2100 große Gärböttiche. Die Lagerkeller haben eine Gesamtlänge von 9 Kilometer, untergeteilt in 96 in Felsen gehauene Abteilungen. Hier liegen 6500 Lagerfässer. Es ist wohl nicht notwendig, zu betonen, daß die Instandhaltung dieser zahlreichen Holzgefäße vielen Arbeitern Beschäftigung gibt. Insgesamt sind mehr

als 200 gelernte Böttcher beschäftigt, denn auch alle neuen zum Versand benötigten Transportgefäße werden in einer neuzeitlich angelegten mechanischen Faßfabrik hergestellt. Auch alle Reparaturen an den in Umlauf befindlichen 300 000 Transportfässern werden in großen luftigen Arbeitshallen selbst durchgeführt. Für das in der vorhandenen modernen Picherei benötigte Pech sorgt eine eigene Pechraffinerie.

Die Betrachtungen über das in der Tschechoslowakei noch in Blüte stehende Böttcherhandwerk soll nicht geschlossen werden, ohne noch einmal einen Blick auf das in schwerer Bedrängnis sich befindende Gewerbe in Deutschland zu werfen. Weiter oben wurden bereits die Hauptgründe, die den Niedergang des einst in hohem Ansehen stehenden Handwerks verursacht haben, dargelegt. Von den Meistern wurden, wenn auch reichlich spät, Maßnahmen ergriffen, um einen Ausgleich für die im Wegfall gekommenen Arbeiten herbeizuführen. Von seiten der Gehilfen wurden diese Bestrebungen in mancherlei Art gefördert. Leider ist neuerdings festzustellen, daß die Meisterorganisationen mehr und mehr sich kapitalistische Gedankengänge mit der Spitze gegen die Gehilfen zu eigen machen. Damit wird der Niedergang des Gewerbes nicht aufgehalten, sondern gefördert. Diese Feststellung soll als Warnung dienen.

dem Vorjahr von 83 700 auf 294 000 gestiegen. Aus ihm wird eine um das Dreifache höhere Dividende, nämlich 10 statt 3 Proz. verteilt.

Die deutsche Arbeiterschaft leidet unter Lohnabbau, dem der so oft angekündigte Preisabbau nicht gefolgt ist. Fünf Millionen Arbeitslose hungern, weil ihnen die Unterstützung soweit gekürzt wurde, daß sie nicht genug Brot kaufen können. Die Öffentlichkeit ist aufgerufen worden, um durch Spenden die in Deutschland herrschende Not zu lindern. In dieser Situation ist es eine Mühle, die ihren Aktionären eine „Winterhilfe“ nicht vorzuenthalten will. Sie kann die Dividende mehr als verdreifachen auf Grund eines trotz reichlicher Abschreibungen usw. um 250 Proz. erhöhten Reingewinns. Der Preisüberwachungskommissar hat hier Gelegenheit einzugreifen, denn daß aus einem Produkt, das in weitem Umfange der Volksernährung dient, derartige Mehrgewinne herausgewirtschaftet werden, ist angesichts des herrschenden Notzustandes einfach untragbar.

### Das wahre Gesicht der Nazis

Daß eine Partei, die abgetakelte Prinzen und Generäle zu ihren Mitgliedern zählt, für die Arbeiterschaft nichts leisten kann, ja nichts leisten darf, um die Geldgeber nicht zu verlieren, sollte auch den Dummsten unter den Dummen einleuchten. Leider trifft dies nicht zu und so muß die Zeit zu Zeit diese „Arbeiterpartei“ an den Pranger gestellt werden.

In einer Sitzung der Bremer Bürgerschaft hatten die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, wonach staatliche und städtische Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, die sich verpflichten, bei eigener Mitarbeit die tariflich festgesetzte Arbeitszeit einzuhalten. Unter dem Beifall der Nazi-Fraktion und der anderen bürgerlichen Parteien proklamierte der Naziredner den Grundsatz, daß man sich nur freuen könne, wenn die Unternehmer heute pro Tag 13, 14 oder gar 15 Stunden arbeiten, „um etwas zu werden“. Jeder müsse sich rücksichtslos im Wirtschaftsleben durchsetzen; die tarifliche Arbeitszeit sei nur ein Hindernis für den Aufstieg der Tüchtigen. Als dieses Wirtschafts-genie des Dritten Reiches gefragt wurde, ob das auch Hitlerscher „Sozialismus“ sei, antwortete er prompt: „Jawohl, das ist Sozialismus!“ — Nun wurde ihm denn auch gleich die Verbundenheit seiner „Arbeiter“-Partei mit dem Unternehmertum bestätigt. Der folgende Redner der Deutschen Volkspartei, die Kaufleute und Industrielle in der Bremer Bürgerschaft vertritt, erklärte hocherfreut, er sei mit den Ausführungen und mit der Einstellung der Nazis zur Wirtschaft einverstanden. Bei den Vertretern der SPD. erweckten diese schallenden Ohrfeigen für die „sozialistischen“ Hakenkreuzler einen Heiterkeitsturm. In einer Zeit, die gebieterisch die Einführung der 40-Stunden-Woche verlangt, stimmten die Nazis mit den übrigen Parteien gegen den Antrag der Sozialdemokraten, so daß er abgelehnt wurde. Eine richtige Arbeiterpartei.

### Brot und Seele

Wer die Menschen in dieser schwersten Zeit der Not nur in Sorge um Pfennig und Brot sieht, der sieht die Menschen nicht so, wie sie sind. Mit dem Leibe darbt auch die Seele, und niemals war das Suchen nach Kultur der Seele so stark wie jetzt.

Dieses Bedürfnis nach Befriedigung der Seele zeigt sich in dem ungeheuren Interesse, das heute die Literatur über die Seele findet. Eine reiche Bibliothek in Amerika hat die ganze Literatur über die Seele, die auf der Erde nur in einem Jahre, nämlich dem Jahre 1930, erschienen ist, gesammelt, und diese Literatur über die Seele, die nur in einem Jahre herausgekommen ist, bedeutet eine ansehnliche Bibliothek für sich. Und diese Bücher, in Millionenzahl erschienen, wurden gekauft und gelesen.

Und wenn wir das wirtschaftliche Ringen der Massen betrachten, dann zeigt sich auch da das gleiche seelische Suchen dieser Zeit. Wenn der deutsche Regierungsvertreter bei den Beratungen im Internationalen Arbeitsamt kürzlich verlangte, daß „Löhne und Arbeitszeit auch auf dem Boden einer neuen Gesinnung geprüft“ werden müßten, so bedeutet das letzten Endes nichts anderes als das Verlangen nach der Befriedigung auch der menschlichen Seele, auch des seelischen Bedürfnisses in uns. Und wenn die Bildungsarbeit der Gewerkschaften über den alten wirtschaftlichen Rahmen hinaus auch den Menschen erfassen will und wenn das Gewerkschaftsblatt versucht, zum Familienblatt zu werden, so ist das nichts anderes als das Streben, auch die Seele des Menschen zu erfassen, den Menschen zu gewinnen, auch in seinem Gemüt, die Frauen in ihrer weiblichen Innigkeit, die Jugend in ihrem seelischen Glauben, den Menschen, jeden Menschen in seinem Bedürfnis nach Wärme, Tiefe und Menschlichkeit.

Wir haben die Zeit überwunden, in der es nur um das Brot ging. Jetzt geht es auch um den Menschen, um des Menschen seelisches Glück. Durch Wort und Schrift suchen wir das Erwachen der Seele

des Menschen einzufügen in den wirtschaftlichen Gestaltungskampf.

Dadurch dient die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Werbearbeit nicht nur der Bildung und Berlebung jedes gewerkschaftlichen Mitglieds. Durch solch ein Erfassen der Seele des Menschen retten wir so viele mit der Zeit auch vor Verzerrung der Seele und extremem, radikalem Verlangen des Unmöglichen. Es steht fest, daß die Menschen „in Erlebnissen, Phantasien, nicht in Tatsachen denken“. Nur wenn die Tatsachen in Einklang gebracht sind mit dem seelischen Bedürfnis des einzelnen, werden Tatsachen völlig verstanden. Das Seelische ist das Bestimmende. Zu dieser Erkenntnis kommt die moderne Wissenschaft, und darum ist es bei den extremen und verbitterten Menschen so oft die Seele, die von der Vernunft nicht erfasst worden ist.

Bringe dieselben Tatsachen und Zahlen, einmal rein beweisend, nüchtern erklärend, mit deiner Vernunft, und dann dieselben Beweise zugleich mit einem Gefühl des menschlichen Verstehens und menschlicher Wärme, und du wirst sehen, daß du in so vielen Fällen

## 40 Jahre Treue zum Verband



Robert Conrad, Böttcher, Bremen, eingetreten 1. 12. 1890



Ernst Reinhardt, Brauer, Dessau, eingetreten 1. 2. 1890

durch dein Werben um Vernunft und Seele mehr erreichst.

Je mehr wir uns auf die Seele der gewerkschaftlichen Bewegung besinnen, um so stärker lassen wir die Bewegung in den Massen von alt und jung, von Männern und Frauen, wurzeln, um so stärker heben wir auch die führende Idee der Bewegung heraus. Mit dem Brot soll der Mensch auch die Freude seiner Freiheit haben, das innere Glück, die Entfaltung des Menschseins, das er im Tiefsten in sich trägt. Und das nur möglich ist durch eben diesen wirtschaftlichen Kampf.

Dadurch unterscheidet sich die freie gewerkschaftliche Bewegung grundsätzlich von allen Reformversuchen, wie auch der Nationalsozialismus einer ist. Auch der Nationalsozialismus spricht von dem neuen Zeitalter der Seele. Aber er kann es praktisch nie schaffen, da er sich nicht zum Kampfe gegen die Versklavung der Seele im Kapitalismus bekennt.

Eine Epoche der Seele kommt nicht alle 150 Jahre, wie es der Nationalsozialist Straßer in einem neuen Buche in einer eigenartig wirkenden Weise errechnet hat. Die Seele hat noch nie ihre Freiheit gehabt. Siets war bestimmend die Ware, der Besitz, der Gewinn, die Klasse. Noch nie galt der Mensch. Und das ist das grundsätzlich Neue des freien Gewerkschaftskampfes, daß er die wirtschaftlichen Interessen von der Klasse auf das Ganze übertragen will, damit so jeder, frei von selbstlichem Einfluß, als Mensch lebe. Befriedigt in seiner menschlichen Seele. Weil diese menschliche Seele dann harmonisch eingegliedert ist in den Einklang des Gemeinsamen.

Ob nicht diese deutliche, klare, entschiedene Abwendung von allem Katastrophalen, wie sie beim Volksentscheid in Preußen zum Ausdruck gekommen ist, mehr bedeutet als nur eine politische Stellungnahme? Ob sich in diesem Entscheide des Volkes nicht endlich auch die sich bestimmende Seele des Volkes zeigt?

Zur seelischen Heilung rechnet die Wissenschaft ein gewisses „Moment der Willigkeit“. Der Mensch muß bereit sein, einmal alle Verkämpfung seiner Seele fahren zu lassen. Er muß bereit sein, einmal willig zu lauschen und sich zu geben, ohne Verzerrung, als Mensch.

Radikalismus und Fanatismus aber sind nichts als Verkämpfungen einer zur Freiheit geborenen Seele, und es ist darum berechtigt, zu glauben, daß dieser Rückschlag des Radikalismus und Fanatismus eine Befinnung des Menschen ist auf sich.

Auch wirtschaftlich wird sich diese Befinnung der Menschen auswirken auf die Gewerkschaftsbewegung. Die aufgelöste Seele des innerlich zerrissenen Menschen wird sich wieder sammeln in sich. Und der Fanatis-

mus wird sich in Fähigkeit wandeln und der Radikalismus zur reinen Begeisterung. Und alle Lebendigkeit einer suchenden Seele wird zum Glauben werden, und alle Hingebungs-lust wird sich wandeln in Liebe zur großen Idee.

Wenn wir nur immer und immer diese menschliche Freiheit als Ziel der Bewegung künden und künden und immer und immer den Weg zur Bewegung bahnen allen, die da im Chaos dieser Zeit sehnsüchtig suchen sich selbst.

Dr. Gustav Hoffmann.

### Heuchler

Die Nationalsozialisten sind Gegner der neuen Notverordnung, weil sie Gegner Brünnings sind. Diese ihre Stellung wird aus Agitationsgründen nach außen hin jedoch so dargestellt, als ob die Nazis nur deshalb Gegner der Notverordnung sind, weil sie der Arbeiterschaft unerträgliche Lasten aufbürdet. Es ist unumgänglich notwendig klarzustellen, daß dieses soziale Mäntelchen der Nazis nur dazu dienen soll, die Arbeiterschaft für ihre Zwecke einzufangen. Als Beweis dafür dient der Inhalt der in Hessen aufgefundenen Dokumente, in denen eindeutig die Stellung der Nazis zur Arbeiterschaft klargestellt ist.

In diesen Dokumenten ist niedergelegt, daß die Arbeiter zur Arbeitsdienstpflicht herangezogen werden, daß die Verpflanzung nur durch Waffenspeisung erfolgt, daß Lebensmittellisten eingeführt werden, daß das Streikrecht und alle übrigen Arbeiterrechte aufgehoben werden und daß, wer sich nur irgendwie widersetzen will, auf der Stelle erschossen wird. Neben diesen in erster Linie zu ergreifenden Maßnahmen sind auch noch Notverordnungen in Aussicht gestellt, über deren Inhalt man keinen Zweifel zu haben braucht, wenn man weiß, mit welchen Mitteln die Nazis nach der Machtübernahme ihr Programm verwirklichen wollen.

Ihre Entrüstung über die Notverordnung ist angesichts dieser Tatsachen üble Heuchelei. Die Arbeiterschaft, die sich davon einsparen läßt, wäre zu bedauern. Einzelne Teile der letzten Notverordnung sind für die Arbeiterschaft untragbar. Die Aufrechterhaltung der Demokratie bürgt aber dafür, daß, sobald die Möglichkeit vorhanden ist, Änderungen durch die Arbeiterschaft erzwungen werden können. Ist aber die Demokratie beseitigt, hat Hitler die Macht und sein Programm durchgeführt, dann ist die Arbeiterschaft nicht nur noch mehr geknechtet als gegenwärtig, ihr ist auch jede Möglichkeit genommen, Änderungen herbeizuführen.

### Die Haftpflicht der Krankenkassen

Schon seither war es üblich, daß die Krankenkassen ihre arbeitsunfähigen kranken Mitglieder von sogenannten Vertrauensärzten nachuntersuchen lassen. Dieses bisherige Gewohnheitsrecht ist neuerdings durch eine der zahlreichen Notverordnungen zur Pflicht der Krankenkassen geworden. Die vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen gewinnen dadurch erheblich an Bedeutung. Daß eine ganze Reihe dieser Vertrauensärzte ziemlich energisch vorgehen und eine vom Kassenarzt bescheinigte Arbeitsunfähigkeit nur nach genauester und sorgfältigster Prüfung anerkennen, darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen. Für die Versicherten ist nun die Frage von allergrößter Bedeutung, ob sie gegen den Vertrauensarzt irgendwelche rechtlichen Schritte unternehmen können, falls er sich in seiner Diagnose (Krankheitsfeststellung) irrt und dem Kranken dadurch ein materieller oder gesundheitlicher Schaden entsteht. Es ist doch leicht der Fall denkbar, daß ein Versicherter vom Vertrauensarzt für gesund und arbeitsfähig befunden wird und daß die Krankenkasse daraufhin die weitere Leistungsgewährung einstellt. Ist der Versicherte nun wirklich ernstlich krank, so wird die ihm durch die „Gesundschreibung“ auferlegte Arbeitspflicht gesundheitliche schwere Nachteile bringen. Kann nun der Versicherte den Vertrauensarzt für den entstandenen Schaden haftbar machen?

Die Frage muß verneint werden. Das Reichsgericht hat sich unlängst mit einer derartigen Streitfrage zu beschäftigen gehabt und am 8. November 1930 folgendes Urteil gefällt:

„Die Krankenkassen haften ihren Kassenmitgliedern für die Folgen unrichtiger Begutachtung durch den mit der Nachuntersuchung beauftragten Vertrauensarzt aus der ihnen obliegenden öffentlich-rechtlichen Vertragspflicht (§ 278 Bürgerliches Gesetzbuch). Von dieser Haftung können sie sich nicht durch sorgfältige Auswahl des Vertrauensarztes befreien.“

Es ist hier also klipp und klar entschieden, daß der Versicherte bei Fehlern oder Irrtümern des Vertrauensarztes einen Haftpflichtanspruch wegen des erlittenen Schadens hat. Der Anspruch richtet sich jedoch nicht gegen den Vertrauensarzt, sondern gegen die Krankenkasse. Es geschieht dies aus dem Grunde, da ja der Vertrauensarzt nicht selbstständig, sondern als Beauftragter oder etwa gar als Angehöriger (haupt-

amtlicher Vertrauensarzt) der Krankenkasse handelt. Die Kasse ist also in vollem Umfange für die Tätigkeit des Vertrauensarztes haftbar. Sie kann sich — wie es in dem Urteil ausdrücklich heißt — von dieser Haftpflicht auch nicht durch sorgfältige Auswahl des Vertrauensarztes befreien. Von Wichtigkeit ist noch, daß das Urteil vom höchsten deutschen Gericht gefällt und damit endgültig und grundsätzlich ist. Dem Urteil lag ein Fall zugrunde, in dem ein Versicherter von der Kasse eine Entschädigung von etwa 1500 Mk. einlagte und auch zugesprochen erhielt. Der fränke Versicherte war vom Vertrauensarzt untersucht und für gesund und arbeitsfähig befunden worden, trotzdem er — wie später festgestellt wurde — an einer fortgeschrittenen Lungentuberkulose litt. R—s.

### Erneute Entlarvung der Nazis

Es bedarf wahrlich keines besonderen Beweises mehr, daß die Nazis ausgesprochene Goldknechte des Kapitals sind. Ebenso landläufig ist bekannt, daß sie die besondere Gunst des Unternehmertums genießen und entsprechend geschmiert werden. Ein Charakteristikum der Einstellung der Nazis gegenüber dem Unternehmertum und dem insamen Verrat, den sie an der Arbeiterschaft begehen, beweist der „Bölkische Beobachter“ Nr. 338 vom 4. Dezember. Er sagt:

„Der schaffende Mensch wird gezwungen, zur Erde zurückzukehren aus einer überkultivierten Zivilisation zur Einfachheit seines Lebens.“

Der „Bölkische Beobachter“ ist mit dem Unternehmertum, das seit je behauptet, die Arbeiterschaft lebe über ihre Verhältnisse, einig. Wenn das Nazizentralorgan sagt, daß der Arbeiter „zur Erde zurückzukehren“ gezwungen ist, dann bewegt er sich eben nach Auffassung dieser sonderbaren „Arbeiter“partei in Verhältnissen, die er als „himmlische“ empfinden muß. Er bewegt sich gewissermaßen in einer Welt, die nicht die seinige ist und Reservatrecht nur der Besitzenden darstellt. Deshalb muß der Arbeiter nach Meinung der Nazis aus einer „überkultivierten Zivilisation zur Einfachheit seines Lebens“ zurück. Auf eine andere Formel gebracht: der Unternehmer ist zum Herrschen geboren, dem alle Genüsse dieser schönen Welt zur Verfügung stehen, während der „schaffende Mensch“ Knecht zu bleiben hat und sich mit dem abfinden muß, womit er gerade sein kümmerliches Leben fristen kann! Dieses schmierige Geschmeiß von Unternehmern, die sich „Arbeiter“partei und dazu national, „sozialistisch“ nennt, kann seine Unterwürfigkeit seinen Goldgebern gegenüber gar nicht besser dokumentieren, als mit dieser erbärmlichen Denunziation der Arbeiterschaft. Das ist echt nationalkapitalistisch und bezeugt seine Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft, wie sie selbst von den Selben bisher nicht übertroffen wurde!

### Der schlaue Nazi-Bauer

In Schleswig-Holstein erzählen Nazis und Landvolk den Bauern, die einzige Rettung bis zum Eintritt ins Dritte Reich ist Steuerverweigerung und Einstellung sonstiger Zahlungen. Das Ganze wird „Notgemeinschaft“ genannt. Wie es einem solch schlaunen Nazi-Bauern erging, schildert die „Volkszeitung“ aus Schleswig.

Steht da auf dem Markt ein Bäuerlein aus der Umgegend mit seinen Ferkeln. Eine ganze Anzahl Kauflustiger und Neugieriger umringt ihn, während ein noch jüngerer Familienvater, Erwerbsloser, wie er beim Handel erzählt, um den Preis für ein etwa hundertpfündiges Borstenier feilscht. „Schlag in, Mann, solein Reismark für jen Staatsstier is war-raßtig ein Spottpries!“ Aber der Mann will noch nicht, man sieht es seiner gerunzelten Stirn an, er rechnet und summt. Der Bauer, bange, daß ihm die Kundenschaft wegläuft, erzählt allerlei lustige Sachen. Die Leute lachen. „Jo, jo,“ frägt er und wirft sich in die Brust, „wi wann Lan'n sind nich mehr so dumm. Wi hebbt uns opflären laten. Wi sind uns all eenig worn im Dörrp, — eenfach nix mehr betaln, keen Stürrn, — keen gornitz. Wat wöt se uns maken?, bi uns is nix to haln. Jät sech ju dat, — blots eenig sin — un keenen betaln!“ Die Städter sind platt ob solcher Weisheit und grinsen ungläubig. Der Bauer aber kostet seinen Erfolg aus, maßig steht er da in seinen Halbblangen und seine rotblonden Barispißen zittern vor Begeisterung. „Jät sech ju dat noch mal, Süd, blots eenig sin, denn künnt allus torech.“

Während dieser Reden ist der Erwerbslose nun tatsächlich mit sich einig geworden. „Her mit dat Tier, für solein Mark,“ sagt er. „Na, sießt woll, Korl, worum nich glifs jo.“ Sie stecken das Ferkel in den mitgebrachten Sack, der Käufer schwingt sich ihn auf den Rücken und zieht ab. Zehn Meter ist er schon weg — der Bauer steht schier erstarrt vor Schreck, dann weicht er auf. „Hö, hö, Mann, — wi is dat mit Betaln? — her mit min Geld!“ Seelenruhig dreht der sich um. „Betaln? — Wi Süd um'e Stadt, wi sind uns all eenig

worn — nix ward mehr betalt, keen Farten — keen gornitz!“ Sprach's und zog von dannen. Das Bäuerlein aber machte unter dem wiederholten Gelächter der Umstehenden gute Miene zum bösen Spiel und ergab sich in sein Schicksal.

„Jät sech ju dat, Süd, blots eenig sin, denn künnt allus torech.“

### Lohnabbau in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie

Am 22. Dezember fanden in Dresden die Lohnabbauverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters, Amtsgerichtsrat Dr. Scheuffler statt. Die Arbeitgeber begründeten ihre bereits in den ersten Verhandlungen aufgestellten Forderungen und erklärten, daß neben einem 10prozentigen Lohnabzug unbedingt die Wiedereinführung der Altersstafel von 14 bis 16 Jahren erfolgen müsse, der Akkordzuschlag von

### Das ist Sozialismus!

Das Größte, an das wir glauben, soll werden, und weil wir es glauben, darum ist es uns innerlich auch schon nah. Wir könnten es nicht erstreben, wenn nicht ein Funke davon schon in uns lebte. Und wie aus Funken und Funken die Flamme schlägt, so muß die große Liebe des Menschen zum Menschen einmal aus all den menschenglaubenden Herzen glühen, wenn die Stunde gekommen ist.

Der Sozialismus ist Prüfstein der Herzen, und der Sozialismus, dieser Prüfstein der Menschenherzen, ist das weiteste menschlich denkbare und ersehnbare Ziel. Er ist Größe des Geistes, Freiheit des Könnens, Tiefe der Seele. Er ist Liebe, die alles umschlingt. Er ist Brüderlichkeit, die alles bindet. Er ist Menschenfülle, die wagt, sich zu schenken und wieder zu schenken, den Menschen und den Kommenden.

Und daran glaubst du? Dann lebe von ihm etwas in dir.

Daran glaubst du? Dann beweist du mit diesem Glauben, daß es auch wird.

Nichts ist dem unmöglich, der glaubt. Und kein stolzeres und befreienderes Gefühl von Menschengröße gibt es, als das, das da voll des Glaubens an Sozialismus ist.

Sozialismus ist höchste Menschlichkeit. Er ist die durchgeistigste Natürlichkeit. Er ist die erhabenste Göttlichkeit, weil er die Erfüllung ist des Unfaßbaren.

Dr. Gustav Hoffmann.

15 Proz. sei auf 10 Proz. zu senken, und der § 21, der bestehende Vergünstigungen aufrechterhalten müsse gestrichen werden, damit die Möglichkeit gegeben sei, diese Vergünstigungen vollständig abzubauen.

Wir wiesen darauf hin, daß die ungeheure Kurzarbeit in der gesamten Süß-, Back- und Teigwarenindustrie es nicht zulasse, daß der Arbeiterschaft 10 Proz. abgezogen werden. Da nach der Notverordnung der Lohn im Höchstmaße um 10 Proz. gekürzt werden könne, sei es nicht möglich, daß den Forderungen der Arbeitgeber entsprochen werden kann. Wird die Altersstafel von 14 bis 16 Jahren eingeführt, so erfolgt für die jugendlichen Arbeiter eine größere Kürzung als um 10 Proz. Die Senkung des Akkordzuschlages von 15 auf 10 Proz. bedeutet eine Lohnkürzung von 15 Proz. Bestehende Vergünstigungen, die sich an bevorzugter Entlohnung hervorgehobener Arbeitskräfte oder in der Gewährung höherer Ferien oder dem Bestehen einer längeren Kündigungsfrist auswirken, würden, wenn diese beseitigt werden, ebenfalls eine größere Lohnkürzung als 10 Proz. mit sich bringen.

Unverständlicherweise glaubte der Schlichter den Arbeitnehmern den Vorschlag machen zu müssen, den Lohn auf den Stand vom 10. Januar 1927 zu senken. Das würde eine Lohnsenkung von 11 bis 12 Proz. bedeuten. Er glaubte, daß es dadurch möglich sei, den DAV von seiner Forderung, die Wiedereinführung der Altersstafel der jugendlichen Arbeitnehmer von 14 bis 16 Jahren, abzubringen.

Seinen Vorschlag selbst begründete er damit, daß, wenn nach dem 1. Juli kein Abzug erfolgt sei, die Berechtigung bestanden hätte, volle 15 Proz. in Abzug zu bringen. Alle unsere Vermittlungsvorschläge, einen geringeren Prozentsatz als 10 Proz. in Abzug zu bringen, scheiterten ebenso an dem Willen der Unternehmer, wie unser Hinweis, daß es für die Arbeiterschaft untragbar sei, eine weitere Verschlechterung des Lohnes in Kauf zu nehmen.

Am Schluß der Verhandlungen erklärte der Schlichter, den Spruch nach den Feiertagen fällen zu wollen, und sollen die Parteien noch vor Jahreschluß in den Besitz des Spruches gelangen. Von den Vertretern

der Arbeiterschaft ist alles getan worden, um Verschlechterungen in dem gewollten Maße zu verhüten. Wissen wir zur Stunde auch nicht, wie der Spruch ausfallen wird, so wird aber der Arbeiterschaft bewußt sein, daß die Verbesserung der Lebenslage nur dann wieder möglich ist, wenn die Arbeiterschaft die Treue zur Organisation hält.

### Die ersten Abschlüsse

Die Aktienbrauereien legen gegenwärtig die Bilanzen des Geschäftsjahres 1930/31 der Öffentlichkeit vor. Wie nicht anders zu erwarten war, stehen die erzielten Reingewinne in gar keinem Verhältnis zu den Klagen und Jammern der Brauereiunternehmer.

Die Berliner Rindl-Brauerei, die im Vorjahr den Rekord bezüglich der Dividendenverteilung erreichte, hat in diesem Jahr die Dividende auf „nur“ 18 Proz. herabgesetzt. Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr 2,55 Millionen Mark, trotzdem, wie im Geschäftsbericht erwähnt wird, der Abfahrückgang rund 20 Proz. betragen hat. Außerordentlich günstig hat sich auch in diesem Jahr wieder der rechtzeitige Einkauf von Rohstoffen ausgewirkt. In der Bilanz sind diese sowie alle anderen Bestände vorsichtig bewertet worden, was soviel heißen soll, daß in ihnen getreu der bisherigen Taktik noch eine ziemlich große stille Reserve steckt.

Die Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München ermäßigte die Dividende um 5 Proz. auf 10 Proz. bei einem Reingewinn, der bei reichlichen Abschreibungen um fast eine Million Mark auf 1,68 Millionen Mark zurückging. Der Abfahrückgang beträgt 20,13 Proz., wobei das Versandgeschäft stärker als der Absatz am Orte beteiligt ist. Die Roheinnahmen haben sich demzufolge um 4 Millionen Mark auf 23,85 Millionen Mark ermäßigt. Die Steuerbelastung ist trotz der vorgenommenen Steuererhöhung und der Neueinführung der Steuer auf Hausrunk um 700 000 auf rund 12 Millionen Mark zurückgegangen.

Ebenso günstig ist die Bilanz der Paulaner-, Salvatorbrauerei und Thomasbräu in München. Die Dividende hat sich zwar gegenüber dem Vorjahr um 4 Proz. auf 8 Proz. vermindert, die finanzielle Festigkeit des Betriebes ist aber trotz des Abfahrückganges erhalten geblieben. Im wesentlichen kommt dies auch hier in der Bewertung der Vorräte zum Ausdruck, die eine ziemlich erhebliche stille Reserve enthalten. Die offenen Reserven haben sich auf 50 Proz. des umlaufenden Kapitals erhöht, und trotz der Geldknappheit haben auch die flüssigen Mittel zugenommen. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden angesichts des zunehmenden Abfahrückganges für sehr ungünstig angesehen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den meisten der bis jetzt veröffentlichten Bilanzen. Die Engelhardt-Brauerei, Berlin, schüttet 8 Proz. statt 12 Proz. aus, die Brauerei Zirndorf bei Nürnberg braucht nur um 2 Proz. auf 12 Proz. zurückzugehen, ebenso das Brauhaus Nürnberg, das 10 Proz. statt 12 Proz. verteilt. Die Lederer-Bräu, Nürnberg, behält die Vorjahrsdividende in Höhe von 14 Proz. bei.

Wie man sieht, werden die Brauereiaktionäre von der Wirtschaftskrise zwar nicht verschont, sie kommen aber erheblich besser davon als die Arbeiter in den Brauereien. Wenn diese am Jahreschluß ihre Bilanz machen, dann finden sie, daß ihr Kapital, die Arbeitskraft, sich absolut nicht verzinst hat. Der Lohn reicht gerade für die laufenden Geschäftskosten. Vielfach haben die Brauereien darauf hingewirkt, daß durch Lohnabbau der zur Aufrechterhaltung der Existenz des Arbeiters notwendige Verdienst beschnitten wird. Es bedurfte großer Anstrengungen von Seiten unseres Verbandes, um die profitlustigsten Unternehmer daran zu hindern, ihr Vorhaben entsprechend ihren Wünschen durchzuführen. In der neuesten Notverordnung kommt die Regierung ihnen zu Hilfe. Deshalb geben sich die Arbeiter aber noch lange nicht geschlagen. Sie werden zu gegebener Zeit die Scharte auswegen. Bis dahin wirkt jeder mit am Ausbau der Organisation, die immer schlagbereit dastehen muß.

### Das Schreckgespenst

Die Böttchermeister scheinen unter ihresgleichen nicht für voll genommen zu werden. Wenn es anders würde sein, dann wäre es tatsächlich nicht möglich, in ihrem Organ, dem „Böttchermeister“, an erster Stelle einen Artikel zu veröffentlichen, der nichts anderes bezwecken soll, als die Gewerkschaften als den „schwarzen Mann“ hinzustellen. Was in diesem Artikel unter dem Titel „Streikgefahr“ für Blödsinn verzapft wird, geht auf keine Kuhhaut. Platzmangel verhindert uns auch nur annähernd auf alles das einzugehen, was dort an Schiefheiten und Verdrehungen zu lesen ist.

Die Gewerkschaften wollen der freien Wirtschaft die spärlichen letzten Erwerbsmöglichkeiten unterbinden, so heißt es gleich im zweiten Absatz. Wenige Zeilen später wird dies noch einmal bekräftigt mit den Worten: „Zu glauben, daß das derzeitige un-

erhörte Wirtschaftselend die Gewerkschaften zur Besinnung bringen und sie zwangsläufig wieder auf den Weg sachlicher, die Wirtschaft fördernder, vernünftiger Erwägungen zurückführen müsse, ist falsch, weil hierbei verkannt wird, daß der Gewerkschaftskampf in erster Linie der Vernichtung der freien Wirtschaft gilt."

Beweise für diese Behauptungen werden allerdings nicht angetreten, deshalb ist es unsere Pflicht darauf hinzuweisen, daß die freie Wirtschaft von den Unternehmern selbst beseitigt wird. Oder was ist es anders, wenn Preisentlastungen entstehen, die für ihre Produkte die Preise einseitlich festsetzen ohne Rücksicht auf den Einzelunternehmer. Was sind die Preisbindungen der Innungen anders als Ausschaltung der freien Wirtschaft?

Die Gewerkschaften kämpfen um die Besserstellung der Arbeiterschaft. Die dabei notwendigen Lohn-erhöhungen usw. werden überwiegend in freien Verhandlungen festgelegt. Die Preisfestsetzungen der Kartelle hingegen erfolgen völlig einseitig. Die Gewerkschaften kämpfen gegen diese Methode, unter der nicht zuletzt das Handwerk leidet. Welche Kreise des Mittelstandes haben dies erkannt. Wenn die Böttchmeister sich anders befehlen lassen, dann ist ihnen nicht zu helfen.

### Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Lokalbeitrag. Von der 1. Woche 1932 an wird in der Ortsgruppe Konstadt (O.-G.) der Lokalbeitrag für alle Beitragsmarken von 10 auf 5 Pf. herabgesetzt.

Der Verbandsvorstand.

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 18. Dezember 1931 bis 23. Dezember 1931.

Postfachkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Rahmungsmitel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Südbad 19,-, München 48,64, Chemnitz 61,18.

Sonstiges:

Berlin 261,14 und 46,75, Aachen 3,50, Berlin 3,50, Bohnsdorf 1,40, Müllrofe 3,50, Pögan 3,50, Berlin 319,40 und 1698,20 und 180,- und 3,-, Wülshelm 1,50, Königsberg i. Pr. 21,35, Köln a. Rh. 3,50, Milano 7,20, Karlsruhe 7,20, Basel 7,20, Bochum 3,50, Dresden 3,50, Hamburg 3,50, München 3,50 und 3,50, Schaffhausen 7,20, Essen 1,50, Eßelsheim 7,20, Kopenhagen 7,20, Berlin 3,50, Düsseldorf 3,50, Offenbach a. Main 3,50, Mannheim 37,70, München 4,80.

### Adressenänderung

Bremen. Die neue Fernsprechnummer ist: Weser 84 201.

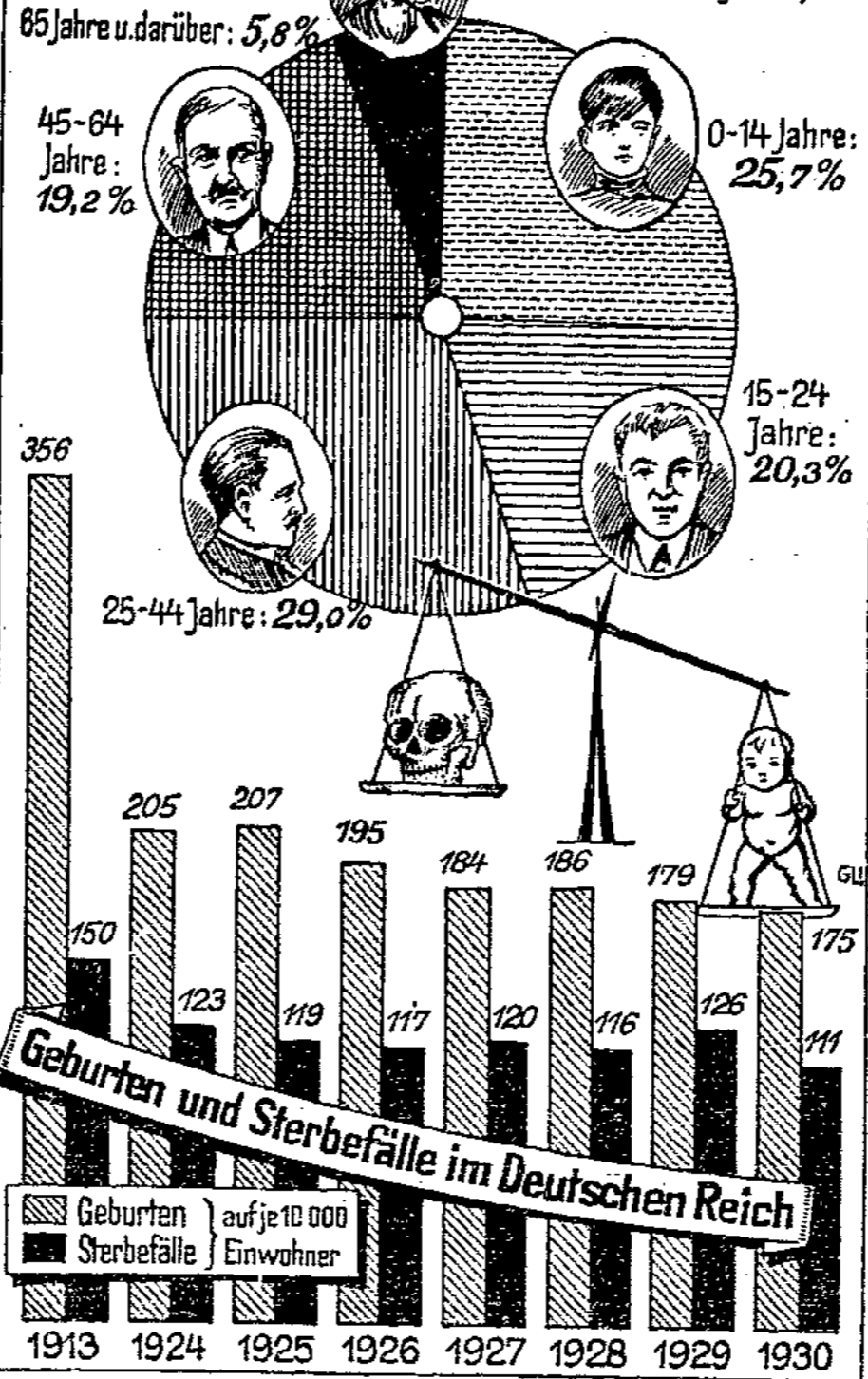
### Korrespondenzen

Braunschweig. Am 15. Dezember hatte die Ortsgruppe ihre erwerbslosen und invaliden Mitglieder mit ihren Frauen zu einer Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen und einem Glase Bier zusammengerufen. Rolf Tietz hieß alle herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Kollegenchaft dem Rufe der Organisation so zahlreich Folge geleistet hatte. Besonders galten seine Worte den Frauen der Erwerbslosen, die von ihm auf den Wert der Gewerkschaften hingewiesen wurden. Er betonte, daß diejenigen Frauen schlechte Rechner seien, die den Verbandskassierern das Leben schwer machen und über die Beitragshöhe schimpfen. Sie sollten doch bedenken, woher die großen Summen kommen, die tagtäglich an Unterstüßungen ausgezahlt werden. In den nächsten drei Tagen würde eine besondere Weihnachtsbeihilfe an sämtliche erwerbslosen und invaliden Kollegen zur Auszahlung gelangen. Die freien Gewerkschaften sind die einzigen Organisationen, die tatkräftig die größte Not der Kernmisten der Armen zu lindern versuchen. Es darf auch

nicht vergessen werden, daß die invaliden Kollegen allmonatlich ihre Invalidenunterstützungen abgeben. Zu wünschen sei, daß in Zukunft die Frauen ihre Männer vom Besuch unserer Versammlungen nicht abhalten. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen und legte Zeugnis davon ab, daß sie auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Herford. Die Weihnachtsfeier hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Neben den vielen Erwachsenen waren auch 220 Kinder erschienen. Die Jugendgruppe hatte es übernommen, den ersten Teil des Abends auszugestalten. Ein Musikstück leitete wirkungsvoll ein. Dann sangen die Burschen und Mädels ein frohes Jugendlied. Ein jugendlicher regitierte. Saubere Sprecheraufführung legte Zeugnis davon ab, mit welchem Fleiß die Jugendlichen selbst

### Von den 64,46 Millionen Einwohnern entfielen auf die Altersklassen: Der Bevölkerungsstand im Deutschen Reich 1931 (ohne Saargebiet)



### Bevölkerungsstand, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich.

an schwierige Aufgaben herangehen. Durch den Chor wurde den Anwesenden der Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung vor Augen geführt. Aufrüttelnd wirkten die Worte des Massenchors und der Einzelsprecher. Nur durch eigene Kraft wird es der Arbeiterschaft möglich sein, eine bessere Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Nach Liedern und Musikstücken der eigenen Zupfkapelle der Jugendgruppe zeigten dann die Herforder Kinderfreunde eine herrliche Aufführung. Märchengestalten lebten noch einmal vor aller Augen auf. In bunten schillernden Kostümen machten sie ihr Spiel ganz vorzüglich. Als Knecht Rupprecht mit einem Schlitten bunter Lüten in den Saal kam, wollte der Jubel kein Ende nehmen. Jedes Kind erhielt von ihm eine Lüte mit allerlei Leckereien.

In der Ansprache zeigte Kollege Volkmann den Sinn der Weihnachtsfeier für die arbeitende Bevölkerung auf. Er ermahnte zum Zusammenschluß aller Schaffenden, damit einmal das Wort vom „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ wahr werde.

### Sozial- und Wirtschaftspolitik

Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage wider Erwarten erheblich verschlechtert. Zu der saisonbedingten Zunahme der Arbeitslosigkeit ist in der ersten Hälfte des Monats Dezember noch eine durch konjunkturellen Rückschlag sich ergebende Arbeitslosigkeit hinzugegetreten. Nach dem Bericht der Reichsanstalt beträgt die Zunahme der Arbeitslosen in der ersten Dezemberhälfte 290 000. Damit ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 5,35 Millionen. In der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich die Zunahme auf 278 000. Von den Arbeitslosen erhalten Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung 1,48 Millionen Personen, durch die Krisenunterstützung

1,44 Millionen Personen. Der Rest wird durch die gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge erfaßt.

An der Zunahme der Arbeitslosigkeit sind die Berufe, die übermäßig von der Konjunktur abhängig sind, fast um zweimal stärker beteiligt als die Saisonberufe. Zurückzuführen ist dies auf die internationalen Währungsschwierigkeiten und die Schutzmaßnahmen verschiedener für den deutschen Außenhandel wichtiger Absatzgebiete.

Schweinebestand am 1. Dezember. Das Ergebnis der am 1. Dezember durchgeführten Schweinezählung beziffert das Statistische Reichsam mit 23,8 Millionen Stück. Gegenüber dem 1. Dezember 1930 beträgt die Zunahme 339 000 Stück oder 1,4 Proz. Bei den Ferkeln und den über einem Jahr alten Schweinen ist eine Bestandsverringering eingetreten. Ebenfalls rückgängig sind die Bestände an Zuchtsauen und den trächtigen Tieren. Eine Zunahme um 481 000 Stück weisen die Schlachtschweine im Alter von einem halben bis zu nicht ganz einem Jahr auf, während bei Schlachtschweinen über einem Jahr 2900 Stück mehr gezählt wurden als im Vorjahr. Gegenüber September hat sich der Schweinebestand um 1,6 Mill. Tiere oder 6,2 Proz. verringert.

### Literatur

Riesen und Anipse. Erdgeschichte in Märchen. Mit 10 künstlerisch wertvollen Zeichnungen geschmückt. Kartoniert 2 M., in Halbleinen 2,50 M.

Märchen? Sa, diese Erzählungen aus der Geschichte unserer Erde sind aber keine Märchen von Elfen, Feen und anderen guten oder bösen Fabelwesen. G. E. Graf schildert vielmehr anmutig belebt, in seiner bekannten humorvollen Art, wie unsere Erde von der glühenden Feuerkugel bis zur Heimat des Menschen sich im Laufe der Jahrmillionen entwickelt hat. Die Erde ist als Kind der Sonne entstanden und noch glüht in ihr das Feuer ihrer Mutter Sonne. Die Eiszeiten rüden in breiter Front von Norden nach Süden vor und begraben alles Leben unter sich. Aber gerade mit dem Rückzug der Gletscher in der Zeit der gewaltigen Abschmelze, da greift der Mensch zum ersten Male zum Werkzeug, da fängt im großen Ausmaß gesehen die Zeit an, in der wir heute noch leben. Lebendig treten die Geshchnisse, die Jahrmillionen zurückliegen, vor das Auge des Lesers und ganz ausgezeichnete Bilder unterstüßen die Vorkstellungsvertraut. Das Buch gehört in die Hände unserer Schuljugend. Aber auch der erwachsene Mensch wird gern danach greifen, um es selbst zu lesen oder seinen Kindern daraus zu erzählen. Wenige Bücher kann man so unbedingt als Geschenk empfehlen, wie dieses wertvolle Buch. Kauft es!

Oskar Wöhrl: Jan Hus. - Der letzte Tag. Geschichtlicher Roman. 721 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 4,20 M. (resp. österr. Sch. 8,65, tschech. Kronen 40,-).

Oskar Wöhrl hat sich gleich mit seinem ersten Prosawerk, dem Schmelzenroman „Der Baldamus und seine Streiche“ - er liegt jetzt in der Jubiläumsausgabe des 92. bis 100. Lausden und in endgültiger Fassung vor; gleichfalls im Bücherkreis-Verlag eben erst erschienen - eine große und treue Lesergemeinde gewonnen. Sie wird mit Recht die Frage stellen, wie dieser, ihr Wöhrl, dazu kommt, ausgerechnet einen geschichtlichen Roman zu schreiben? Ist nicht alles, was bisher von ihm vorliegt, vom persönlichen Erlebnis diktiert gewesen? Nun auch dieser Jan-Hus-Roman ist dem persönlichen Erlebnis seines Verfassers entwichen. Wöhrl hat nach dem Kriege mehrere Jahre in Konstanz gelebt, und dort ist ihm auch der Gedanke gekommen, einen Roman um die Figur dieses mittelalterlichen Hus herum zu schreiben, dessen Persönlichkeit auch heute noch das Leben der Stadt Konstanz bestimmt. Konstanz lebt ja zu einem guten Teil von den Fremden, die der Stadt des Konzils zu Konstanz einen Besuch abstatten und sich von ihrer Schulzeit her dunkel daran erinnern, daß diese Versammlung von weltlichen und von kirchlichen Fürsten einen Kaiser Johannes Hus - 1415 war es - zum Tode auf dem Scheiterhaufen verurteilte. Wer war dieser Jan Hus? Er war ein tschechischer Vorläufer der Reformation. Dieser Johan Hus ist ein Märtyrer in dem großen Befreiungskampfe der Menschheit gewesen. Daß sein Kampf gegen die Ueberlieferung, die Autorität und den päpstlichen Absolutismus sich wesentlich in theologischer Umkleidung vollzog, war in den Zeit- und Machtverhältnissen, in der politischen und geistigen Vorherrschaft der römischen Kirche begründet. Als Hus auf dem Scheiterhaufen starb, erhoben sich bekanntlich seine Anhänger in Böhmen, und es kam zu den Hussitenkriegen, in denen diese Bauern und Proletarier weit in deutsche Lande vorrückten, um in Anlehnung an die Ideale des Urchristentums „das Reich Gottes auf Erden“ zu begründen. Wöhrls Roman drängt das ganze Geschehen in den letzten Lebenstag des Jan Hus zusammen. Wöhrl tut dies auf indirektem Wege, indem er dem Leser Hus im Spiegelbild und Urteil seiner Freunde und der feindslichen Gegenspieler zeigt. Da ist der treulose König Siegmund; da sind die römischen Pfaffen, da sind die Fürsten, der Adel, die Spießbürger mit ihrem weißen Oberhaupt an der Spitze usw. Der Ferkel, ein Menschenhändler aus Reigung und Berufung, dessen nächste Ankunft die Konstanzer Synode mit schaurigem Geheul melden. Wöhrls dichterisches Temperament und ungewöhnliche Sprachkraft haben den spröden Stoff in eine Dichtung von packender Anschaulichkeit umgeschmolzen.

### Anzeigen

**Rachruf!**  
Am 9. Oktober 1931 ist unser Kollege, der Bierfahrer  
**Karl Püttcher**

gestorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
12.10  
**Ortsgruppe Salztinden.**

**Rachruf!**  
Am 18. Dezember 1931 verstarb unerwartet schnell unser Mitglied  
**Walthar Hörmann**

im Alter von 32 Jahren. 12.40  
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.  
**Ortsgruppe Memmingen.**

Unserm Labemeister Hermann  
**Gebrüder** zu seinem 30jährigen  
Arbeitsjubiläum bei der Firma Jerich  
die herzlichsten Glückwünsche. 12.10

Die organisierten Kollegen  
**d. Zünftlichen Brauerei Köstritz**  
Unsern lieben Kollegen Andreas  
Tieg nebst seiner lieben Frau die  
herzlichsten Glückwünsche zur silbernen  
Hochzeit. 12.10

Die Kolleginnen und Kollegen  
der **Ortsgruppe Duedoburg**  
a. Saaz.

Unserm Kollegen **Wihelm Kluff**  
und seiner lieben Frau zur Silber-  
hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
**Sektion Wütcher.** 11.50

**Ortsgruppe Magdeburg.**

Unserer wertigen Kollegin **Elisabeth**  
Geiß und ihrem lieben Brautigam  
zur grünen Hochzeit und unserm  
lieben **Hans Lederer** nebst seiner  
lieben Frau zur Silberhochzeit her-  
liche Glückwünsche. 12.40

Die Kollegen  
**d. Ortsgruppe Kaiserlautern.**

**Santigung!**  
Für die mir erwiesenen Gratulationen  
und Gehrachte gelegentlich meines  
25-jährigen Verbandsjubiläums danke  
ich allen Kollegen recht herzlich. 11.80

**Anton Störke, Eri.**

**Ehrenerklaung!**  
Ich erkläre hiermit, daß ich die  
gegen den Kollegen **Herm. Spicker**  
ausgesprochene Verleumdung mit dem  
Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.  
**Willy Wiff, Müller, GGS-Mühle,**  
Magdeburg. 12.19



Das Wirtschaftsprogramm des Dritten Reiches



# FRAUENRECHT



## Die Notlage der Frau als Erwerbstätige und Mutter

Von Louise Diel

Jeden Tag verändern und verhärten sich die Bestimmungen, die verheirateten Frauen das Handwerk legen und sie zur Untätigkeit verdammen. Wer fragt danach, was diesen Frauen ihr Beruf nicht nur als Einnahmequelle, sondern auch als inneres Glückserlebnis, ja, als Erfüllung ihres Ichs bedeutet! Und auf der anderen Seite werden Frauen, die gar nicht dafür geeignet sind, durch die unglücklichen Verhältnisse dazu gezwungen, in irgendeine Berufstätigkeit einzuspringen und sich im harten, zermürbenden Existenzkampf zu betaupten.

Was ist uns noch von Rechten geblieben? Nur das Muß kommandiert. Du mußt deinen Beruf aufgeben, und wenn du als bisher unabhängiger, aktiver Mensch innerlich dabei zugrunde gehst — und du hingegen darfst fortan nicht mehr nur Hausfrau und Mutter sein, dich erwartest eine Aufgabe, die dich als Frau von weiblicher, mütterlicher Wesensart nie gereizt hat!

Ohne die Zuspitzung des Wirtschaftskampfes, wie er heute vor uns steht, wären die Frauen nicht in diese Sackgasse geraten. Denn jede hätte mehr oder weniger nach eigenem Ermessen ihren Weg, den Veranlagung und Talente bestimmen, gehen können. Diese natürlichen Richtlinien und Orientierungspunkte sind heute vollkommen verwischt und obendrein ungültig geworden. Wenn dies Zeitenchaos schon den Entwicklungsgang des Mannes beunruhigt, wieviel mehr den viel sensibleren der Frau! Und alles was die Frauenbewegung an Fortschritt in den letzten Jahrzehnten errungen hat, ist nicht nur in Gefahr verlorenzugehen, sondern sich sogar in ein Negativum zu verwandeln.

Wir glaubten die Fäden in der Hand zu halten, und sie wurden uns entwunden. Man kann niemand für diese Entwicklung verantwortlich machen, sie ließ sich ebensowenig voraussehen wie alle anderen Schicksalsschläge, die vor allem das deutsche Volk getroffen haben. Aber die Frauen sind die Leidtragenden, sie vor allem! Ihre groß angelegte Aufbauarbeit wurde zerstört und man packte ihnen nur neue Lasten auf, ohne entsprechende Würdigung und individuelle Ausgleichung in Parallele zu stellen. Der Ruf nach Gleichberechtigung will bei den Frauen kein so rechtes Echo mehr finden, da sie die Erkenntnis gewonnen haben, wohl gleichberechtigt und sogar überberechtigt zu sein, wo es gilt, Lasten und ein Uebermaß von Pflichten auf sich zu nehmen; nicht aber wo es ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit angeht. Da die eigenen Verdienstmöglichkeiten gegen ihren Wunsch und Willen stark abgedrosselt wurden, muß sie die Einnahme-Differenz durch übergroßen Fleiß und Sparsamkeit bis ins weiteste auszugleichen versuchen. Am Notwendigsten kann nichts mehr abgeknappst werden, denn Haus, Mann und Kinder stellen Existenz-Mindestansprüche, die respektiert werden müssen. Das Resultat: Die Frau wird zum Lasttier, sie genießt weder die Schonung und die Vorteile von vorgestern noch die Rechte,

die ihr im letzten Jahrzehnt zugewilligt worden waren.

Es wird gesagt, man könne und solle den Kulturstand eines Volkes danach beurteilen, welche Stellung seine Frauen einnehmen. Da helfen uns keine Aphorismen und Deuteleien, der Mehrzahl unserer Frauen geht es schlechter als früher jemals, und die Lasten, die auf ihnen liegen, lähmen jeden Flügelschlag, der sich in schwachem Versuch ergeht.

Unwillkürlich muß ich an einen Afrikafilm denken, der jetzt im Berliner Planetarium lief. Man sieht vier Frauen schwer arbeiten, während der Ehemann hoch zu Pferde gemächlich zusieht und die Frauen zu tüchtiger Leistung anspricht. Schon heute

Arbeit und Lasten, was uns der Mann abnehmen kann. Wir müssen unseren Radius abmessen und neu abstecken, sonst gefährden wir den letzten Rest von Fortschritt, den uns die Pionierinnen der Frauenbewegung in schweren Kämpfen errungen haben.

## Braucht es so zu sein?

Von welcher Seite man immer das Auge schweifen lassen möge, ob in die Höhe oder in die Weite, stets findet es nichts anderes als Leiden. Braucht es so zu sein? Das Leiden tritt auf in Erscheinungsformen, die sich jeden Augenblick verändern und mitten durch diese unaufhörlichen Wanderungen, verwandelt es sich ins Unendliche.

Das Leben ist nichts als ein langes Martyrium, vom ersten Schrei des Säuglings an, bis zum letzten Atemzug des Sterbenden; die Qual verbindet die Wiege mit dem Grabe. Lebensfreude ist nichts als ein bloßes Wort. Ein unsäglicher Ekel bemächtigt sich der Menschheit. Die einen sagen: Das Leben ist albern, einfältig, sinnlos. Die andern: Wozu ist das Leben nützlich, wenn es nichts als Leiden ist?

Die Ersteren sperren das Maul auf und schweifen ein wenig mit ihren gelangweilten, verdrießlichen und jämmerlichen Gesichtern umher; die Letzteren stöhnen auf in ihrem Leid und schleppen ihr zermartertes und zerschundenes Gebein nach sich. Schopenhauer beherrscht alles: „Das Dasein ist ein Uebel, die Welt ist die Naturgeschichte des Leidens. Alles Leben ist Leiden.“ Und der Autor der „Philosophie des Unbewußten“, der berühmte Hartmann, triumphiert: „Das Leben ist und kann nur Leiden sein; das einzige Heil liegt in der Vernichtung der Welt und ihrer Bewohner.“

Und diese beiden Auguren des Pessimismus lassen laut ihr gräßliches Hohngelächter vernehmen.

Sollte denn das Wort der Evangelien richtig sein? „Das Glück ist nicht von dieser Welt!“ Die Erde, sollte sie nichts anderes sein als ein Tal der Tränen? Der rasende Sturm beugt unter seinem mächtigen Atem alle Bäume des Waldes nieder; die großen und die kleinen, den Eichbaum und das Schilfrohr. Ebenso weht über die trostlose Erde ein Sturm materiellen, geistigen und moralischen Elends, der alle Köpfe unter seine Herrschaft beugt. Der ausholende Hammer des Gebrechens zerschmettert ohne einzuhalten Generationen. Der Krebs der Leiden breitet über die Menschheit seine fressenden Wunden aus, die von Tag zu Tag abschreckender werden.

Das ist die gegenwärtige Situation. Fast alle Leiden entspringen aus Krankheiten und Fehlern des wirtschaftlichen und sozialen Organismus. Der Mahlstein der Zeit aber mahlt langsam und sicher alles klein. Die Formen des kapitalistischen Reichtums müssen zerbrechen, Krise ist nie Untergang, sondern Uebergang zu neuem Leben. Was an keimenden und kommenden Werten mit unserem Schaffen und Streben entstehen muß, wir werden sie in der Zeit verwirklichen. Es muß uns ein besseres Dasein als bleibendes einströmen, in die Welt des Leidens. Deshalb Kampf den Ursachen des Leidens!

G. K u n e r t.

## Neues Jahr

Die Nacht ist kalt. Es lohen alle Sterne.

Im Froste wird ein neues Jahr geboren mit seinen Wegen, Abgründen und Toren und seiner dunklen, unbekanntem Ferne.

Aus tiefen Wunden formt sich sein Gesicht.

Aus tiefen Wunden, die mit rauher Hand Das Schicksal in das Herz der Zeit gebrannt, wird es zu Leben und zu blut'gem Licht.

Wir sind durch Stürme und Brände gegangen und tragen die Nöte uns feindlicher Zeit.

Wir haben von Tränen und Mühsal und Leid die Kraft und unsre Befehle empfangen.

Wir wollen uns führend dem Neuen weihn und es mit unserem Geiste durchdringen.

Wir wollen es in unsre Hände zwingen und sein Gestalter und Berater sein.

ERICH MEYER

wird man oft den Eindruck nicht los, daß manche Ehefrau und Mutter viel abgearbeiteter und mitgenommener aussieht als ihr Ehepartner. Das rührende Wortbild aus guter alter Zeit „eine Frau wird auf Händen getragen“ ist absolut verloren gegangen, ohne nun der Frau die Möglichkeit zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen.

Unsere Großmütter trugen schon mit 30 Jahren einen schwarzen Kapotthut, und wir sind so stolz, daß wir uns heute noch mit 60 Jahren jugendlich kleiden können. Täuschen wir uns nicht: Manches abgespannte Gesicht straft das lustige Kleidchen Lügen.

Was hilft uns in dieser Notzeit, die noch kein Ende sieht, alle unsere Erkenntnis! Immerhin eines: So rationell wie nur möglich mit uns selbst umzugehen und nichts zu übernehmen an Sorgen,

wie ein Donnerschlag traf. Kaum hatte er geendet, als der Marquis de Breze in den Saal trat und verkündete, daß auf Befehl des Königs die Versammlung aufgelöst sei. Dieser unerwartete Schritt hatte eine blitzähnliche Wirkung, und schon schickten sich die meisten Abgeordneten an, dem Befehl Folge zu leisten, da erscholl aus den Tiefen der Menschen hervor eine Stimme, hell und ernst und auf jeden mit Zauberkraft wirkend: „Sagen Sie ihrem Herrn, daß wir hier sind kraft der Gewalt des Volkes, und daß er die Gewalt der Bajonette versuchen mag, uns von hinnen zu treiben!“ Es war Mirabeau, der diese kühne Antwort der Botschaft des Königs entgegennahm. Es blieb dem Marquis de Breze nichts übrig, als nach dem Palast mit der Nachricht zurückzueilen, daß die Deputierten — auf die Rede des Grafen Mirabeau hin — sich weigerten, ihre Sitze zu verlassen, wenn sie nicht mit Bajonetten auseinandergetrieben würden. Die Königin wurde ohnmächtig und Ludwig totenblau. Von diesem Tage an machte die Revolution Riesenfortschritte. Der Hof ließ, von der Notwendigkeit dazu getrieben, kein Mittel unversucht. Mirabeau für sich zu gewinnen. Der König selbst ließ dem berühmten Redner 250 000 Francs geben, um seine Schulden bezahlen

zu können, und außerdem setzte er ihm noch ein monatliches Gehalt von 6000 Francs aus. Als Mirabeau zum erstenmal bei Hofe erschien, sagte die Königin zu Madame de Campan:

„Hätte ich seine Rose angenommen, wie ganz anders würde es dann um uns stehen; seine Erscheinung schreckte mich, aber jetzt lese ich in seinem Blicke, daß ich nichts zu fürchten habe, so lange dieser Mann noch lebt.“

Aber alle diese Schritte kamen zu spät; die Revolution war bereits zu einem Strom geworden, der alle Dämme vor sich durchbrach. — Am 1. April 1791 verbreitete sich, gleich einem allverzehrenden Feuer, in Paris die Nachricht, daß Graf Mirabeau, der Apostel der Freiheit, plötzlich gestorben sei, und man erzählte sich die verschiedensten Ursachen seines Todes. Sicher aber ist, daß man auf seiner Brust eine verwelkte, weiße Rose fand. Als diese Nachricht der Königin mitgeteilt wurde, wandte sie sich zu Madame de Campan mit den Worten: „Nun ist auch mein Tod nahe.“

Diese ihre Prophezeiung ging am Mittwoch, dem 16. Oktober 1793, in Erfüllung. Mit einer weißen Rose auf der Brust starb Marie Antoinette unter dem Messer der Guillotine.

## Die weiße Rose

Historische Skizze von Ch. Hünerberg (Schluß.)

Am 23. Juli 1789, beim Beginn der Revolution, trat Ludwig XVI. ganz unerwartet in den Saal der Nationalversammlung. Anstatt des Ordens trug er auf der Brust eine weiße Rose, welche die Königin selbst ihm angesteckt hatte mit den Worten: Es hätte ihr geträumt, daß eine solche Blume sich an diesem Tage als Talisman wider die den Thron umgebenden Gefahren erweisen würde.

Der König hielt eine Ansprache an die Abgeordneten und forderte sie auf, ihre Gewalt nicht zu mißbrauchen, ihres Eides eingedenk zu sein, die französischen Lilien unbefleckt zu erhalten und keinen Schritt zu tun, der für das Land mit Schaden und Gefahren verbunden sein könnte; aber diese Worte waren in den Wind gesprochen. Auf Mirabeaus Sturz brante ein an Wahnsinn grenzender Zorn, als er auf der Brust des Königs die weiße Rose bemerkte; er zweifelte nun nicht länger, daß Marie Antoinette ihn dem Könige verraten hätte. Als der König den Saal verließ, bestieg Mirabeau die Tribüne und hielt eine Rede, welche die Ohren der Hofpartei